

DER Offizier

Ausgabe 1/2025 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



ÖSTERREICHISCHES
BUNDESHEER
4. Panzergrenadierbrigade

Aufgaben des ÖBH

Art 79 B-VG; § 2 Abs. 1 Wehrgesetz

1. Mil. Landesverteidigung
2. Schutz verfassungsmäßiger Einrichtungen & Freiheit der Bürger
3. Ordnung & Sicherheit im Inneren
4. Hilfeleistung bei Elementarereignissen
5. Hilfeleistung im Ausland



Das Risikobild 2025 |

Der XII. Tag der Wehrpflicht |

Militärkommando Salzburg |

Die Geistige Landesverteidigung muss rasch wiederbelebt werden!



WÄCHTER

Verteidigung – wer, wenn nicht wir

Die Bereitschaft, das eigene Land zu verteidigen, war einst eine Selbstverständlichkeit. Heute zeigen Umfragen in Österreich, aber auch beim großen Nachbarn Deutschland, ein anderes Bild: Die Mehrheit würde nicht zur Waffe greifen, nicht aktiv an der Verteidigung teilnehmen und im Zweifel eher fliehen als kämpfen. Ein erschreckender Befund, der nicht nur eine sicherheitspolitische, sondern eine tiefgehende gesellschaftliche Krise offenbart. Die Verantwortung dafür liegt beim Souverän, dem Volk, aber auch bei einer Politik, die sich über Jahrzehnte eingeredet hat, dass Sicherheit eine Selbstverständlichkeit sei, und es genüge, wenn man selbst friedlich ist und für Abrüstung plädiert.

In Österreich hat man sich auf die Neutralität verlassen, als wäre sie ein Naturgesetz, das Schutz garantiert. Jahrzehntlang wurde das Bundesheer finanziell ausgehungert, in der öffentlichen Wahrnehmung an den Rand gedrängt und auf Katastrophenschutz reduziert. Wer den militärischen Verteidigungsauftrag betonte, galt als rückwärtsgewandt. In Deutschland wurde die Bundeswehr von der Politik regelrecht demontiert. Die Überzeugung, dass militärische Stärke überflüssig sei, weil man sich in Diplomatie flüchten könne, hat das Land wehrlos gemacht. Die Verantwortungslosigkeit zeigt sich in maroden Strukturen, fehlender Ausrüstung und einer strategischen Naivität, die von der Realität immer wieder brutal widerlegt wird.

Doch auch die Gesellschaft selbst hat sich dem bequemen Glauben hingegeben, dass Landesverteidigung nicht ihre Aufgabe sei. Die Bereitschaft, für sein Land einzustehen, setzt eine Identifikation mit diesem Land voraus. Doch Patriotismus wurde über Jahrzehnte zu einem anrüchigen Begriff degradiert. Man ist stolz auf den Wohlstand, die Sozialleistungen, die Reisefreiheit – aber nicht auf die Nation als Wert an sich. Wer heute die Frage stellt, wofür dieses Land steht und ob es sich zu verteidigen lohnt, erntet nicht selten Gleichgültigkeit. Viele Menschen nehmen Frieden und Sicherheit als gegeben hin, weil sie nie erlebt haben, dass es

anders sein könnte. Das Verständnis dafür, dass Freiheit und Unabhängigkeit verteidigt werden müssen, ist nicht mehr natürlich vorhanden.

Über Jahrzehnte hinweg wurde ein Lebensstil kultiviert, der Sicherheit als konsumierbares Gut betrachtet, das von anderen bereitgestellt wird. Verteidigung wurde externalisiert – an den Staat, an Bündnisse, an Institutionen, die „das schon regeln“ werden. Die Vorstellung, dass jeder Einzelne Verantwortung tragen könnte, wurde durch den Komfort verdrängt. Wer es gewohnt ist, dass Probleme durch Geld, Gesetze oder Technik gelöst werden, hält es für absurd, dass Verteidigung im Kern eine menschliche, physische Bereitschaft erfordert.

Gleichzeitig wird Kriegsführung in Mitteleuropa oft als Konzept der Vergangenheit betrachtet, als etwas, das „bei uns“ nicht mehr passieren kann. Doch die Welt dreht sich nicht nach den Wünschen einer saturierten Gesellschaft. Während andere Länder sich auf eine härtere Zukunft vorbereiten, bleibt im österreichischen Diskurs, allerdings ist es in Deutschland ähnlich, die Hoffnung, dass man sich irgendwie heraushalten kann. Diese Hoffnung ist gefährlich. Geschichte zeigt, dass Nationen, die nicht bereit sind, sich zu verteidigen, ihre Handlungsfähigkeit verlieren. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet Länder wie Polen oder Finnland und das Baltikum einen hohen Wehrwillen haben – sie wissen aus ihrer Geschichte, dass Sicherheit keine Selbstverständlichkeit ist.

Wer also, wenn nicht wir? Die Antwort darauf ist unangenehm. Wenn wir es nicht tun, dann entscheidet jemand anderer über unser Schicksal. Es gibt keinen historischen Präzedenzfall, in dem eine Gesellschaft, die nicht bereit war, für ihre eigene Existenz einzustehen, auf Dauer unabhängig geblieben ist. Der Niedergang des Wehrwillens ist allerdings kein natürlicher Prozess, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Selbsttäuschung. Noch besteht die Möglichkeit, diesen Trend umzukehren – aber nur, wenn wir aufhören, uns einzureden, dass es immer die anderen sind, die für uns kämpfen müssen.



Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 Der XII. Tag der Wehrpflicht
- 11 Risikobild 2025 – Gewählt!
Demokratie und die freie Welt
- 14 Militärkommando Salzburg
- 19 Einige Monaten Präsident Donald Trump und
was bedeutet dies für Europa
- 21 Waren einige Offiziere des Bundesheeres mit
dem „göttliche Funken“ („strategischer Weitsicht“
oder dem „Coup d'œil“) gesegnet?
- 24 Palästina und die Demografie –
Ein Blick in die Kristallkugel
- 26 Die Schönheit der Heimat können
Ureinwohner nur uneingeschränkt genießen,
wenn sie den Import von Problemen jeder Art
nicht zulassen!
- 28 2025: Das Jahr der Jubiläen der
Zweiten Republik – Hat das Bundesheer
auch einen Grund zum Feiern?
- 29 Die geistige Landesverteidigung muss rasch
wiederbelebt werden!
- 30 Es gab immer zu wenig Budget, trotzdem ist
beim Bundesheer Bemerkenswertes geleistet
worden

DER OFFIZIER

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft,

Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511

Chefredakteur: Generalmajor i. R. Hon. Univ.-Prof. (NKE) Dr. mult. Harald Pöcher,

offizier.redaktion@oeog.at

Erscheinungsort: Wien

Marketing: marketing@oeog.at

Hersteller: TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 1, 6020 Innsbruck

Druck: druckhaus scharmer GmbH, 8280 Fürstenfeld, Flurstraße 67

Fotos: gem. Einzelnachweis

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des „Wächters“
müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Informationen in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



Produziert nach den Richtlinien des
Österreichischen Umweltzeichens
Druckhaus Scharmer, UWW-Nr. 950

Vorwort

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

Spannend verliefen die letzten Monate nach der Nationalratswahl. Weniger spannend verliefen offensichtlich die Gespräche zum Kapitel Landesverteidigung, denn dieses Kapitel war es den Medien nicht wert groß darüber zu berichten. Es bleibt daher zu befürchten, dass alles so bleibt wie bisher, denn keine der Parteien, welche in der nächsten Regierung vertreten ist, denkt an die Wiedereinführung der verpflichtenden Truppenübungen. Sollte diese Regierung die nächsten fünf Jahre durchdienen und die Ableistung von Truppenübungen erfolgt weiterhin nur auf freiwilliger Basis, dann ist die Miliz weitere fünf Jahre dem Siechtum ausgeliefert. Da man, aus welchen Gründen auch immer, die tatsächlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der vollen Einsatzbereitschaft der Miliz nicht erledigen möchte, wendet man sich lieber dem Weltraum zu. Wie dem Regierungsprogramm zu entnehmen ist, wird ein Weltraumlagebild als Teil des Strategischen Kompasses hergestellt. Der Beitrag der Miliz dazu könnte sein, dass ein Milizexperte dieses erstellt.

Spannend, wie immer, verlief auch der XII. Tag der Wehrpflicht am 20. Jänner 2025, der den Zuhörern und Zuschauern mit seinen Referaten viel Wissenswertes aus der Vergangenheit und Gegenwart bis hin in die Zukunft brachte. Besonders eindringlich war der Appell des Vorsitzenden des Militärausschusses der EU, in dem er mehr Verantwortungsübernahme für die Weltpolitik durch die EU einmahnte. Gerade das wird die EU bei den jüngsten Begehrlichkeiten der USA nach Gebietserweiterung brauchen, denn die USA haben sich im Laufe ihrer Geschichte noch immer das geholt, was sie wollten: Ich erinnere hier beispielsweise nur an die gewaltsame Inbesitznahme von Hawaii und gemeinsam mit den Bündnispartnern die totale Niederwerfung von Japan und Deutschland. Damit stiegen die USA zur Supermacht auf und sie sind in diese Position gekommen, um zu bleiben, koste es, was es wolle, etwa durch das bewusste Hochrüsten und dafür die Vernachlässigung sozialer Bedürfnisse für viele US-Bürger und die Zurverfügungstellung günstiger Gesundheitsleistungen für jeden Bürger. Spannend wird es auf jeden Fall, wie es im arktischen Raum im Nordatlantik weitergehen wird, denn in diesem Großraum hat auch Russland vitale Interessen und es kann dabei auf die Unterstützung Chinas und anderer Staaten zählen. In enger Verbindung zu den Vorträgen kann auch das vom Ressort veröffentlichte Risikobild 2025 gesehen werden, welches in den Kernbotschaften im vorliegenden Heft nachgelesen werden kann.

Zeitgleich mit der neuen innenpolitischen Ära und den neuen weltpolitischen Herausforderungen beende ich meine Tätigkeit als Chefredakteur, nicht weil es mich nicht mehr interessiert, auf der Basis „Gotteslohn“ pünktlich für die Herausgabe des „Offiziers“ zu sorgen, sondern es sind rein private Gründe, denn ich werde bis zu meinem Lebensende viel Zeit auf Reisen sein, insbesondere im Land der „aufgehenden Sonne“.

Ihr Chefredakteur
Harald Pöcher

Brief des Präsidenten

Von Mäusen und Menschen

Die Novelle „Von Mäusen und Menschen“ des US-amerikanischen Schriftstellers und Literaturnobelpreisträgers John Steinbeck ist die Geschichte zweier Wanderarbeiter, die zwar von einem besseren Leben träumen, aber der Tristesse ihres Lebens und einer Spirale der Gewalt letztlich nicht entkommen.

/ Bei Bedrohungen verhalten sich Mäuse und Menschen sehr ähnlich: Sie stellen sich dem Kampf oder sie fliehen. Bei einer Umfrage¹ unter 800 Wahlberechtigten in Österreich im Spätsommer 2024 wurde die Bereitschaft, Österreich im Ernstfall mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, abgefragt. 62 Prozent sagten, sie würden das nicht oder eher nicht tun. 28 Prozent konnten sich dagegen vorstellen, Österreich mit einer Waffe zu verteidigen, der Rest gab keine Antwort. Die Entscheidung zwischen Kampf oder Flucht fällt also recht eindeutig aus.

Land der Feiglinge?

Dieses Ergebnis ist beunruhigend und wirft Fragen auf. Einerseits nach dem Versagen der „Geistigen Landesverteidigung“, die in der Verantwortung des Unterrichtsministeriums steht, und andererseits nach dem daraus resultierenden Zustand unserer Gesellschaft, die scheinbar in Vollkasko-Mentalität glaubt, dass bei uns einfach das Geld aus dem Bankomaten und der Strom aus der Steckdose kommt. Nach 70 Jahren friedlichen Lebens im stets zunehmenden Wohlstand der Zweiten Republik mag dieser Eindruck eines Schlaraffenlandes entstanden sein.

/ Gleichzeitig erachten 43 Prozent der Österreicher einen Krieg auf EU-Boden in den kommenden zehn Jahren als wahrscheinlich. Das deckt sich mit den Einschätzungen der Experten. Bei der Präsentation des „Risikobildes 2025“ des BMLV war die Kernbotschaft: „Wir befinden uns in Europa bereits im Kriegszustand.“ Es wurde dann präzisiert, dass es sich gegenwärtig um einen hybriden Krieg handelt. Ein konventioneller Krieg wurde aber für die nächsten Jahre nicht ausgeschlossen. NATO-Generalsekretär



© ÖÖG/FOTOSTUDIO WILKE

Mark Rutte formulierte in seiner ersten Grundsatzrede im Dezember 2024: „Was in der Ukraine passiert, könnte auch bei uns passieren.“ Zusätzlich warnte er: „Wir sind nicht bereit für das, was in vier bis fünf Jahren auf uns zukommt.“

Land der Realisten

Angesichts der geopolitischen Lage ist nur ein Drittel der Bevölkerung davon überzeugt, dass uns die Neutralität vor einem Angriff schützt. Sogar zwei Drittel meinen, dass sich Europa nicht aus eigener Kraft verteidigen kann und militärisch auf die USA angewiesen ist. Aber nur 44 Prozent erwarten, dass die USA Europa im Fall eines Angriffs auch tatsächlich verteidigen würden. Fügt man dieses Lagebild zusammen, dann ist die Bedrohung real, ein Krieg möglich bis wahrscheinlich und die Chancen auf Erfolg gering sind. Die Entscheidung zur Flucht statt zum Kampf ist in dieser Situation weniger woken als vielmehr rational.

/ „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“, lautete das Motto der Wehrpolitik im Kalten Krieg. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber, dass nicht kämpfen können – wovon die Österreicher mehrheitlich überzeugt sind – zwangsläufig zum Kampf führt. Da fallen dem Bundesheer die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte auf den Kopf und erzeugen einen schrecklichen Teufelskreis. Veraltetes Gerät, unzureichende Bewaffnung und eine geringe Mannstärke sind für einen potenziellen Gegner nicht abschreckend. Die geringe Kampfkraft ist aber auch schlecht für die Moral der Truppe.

Das Märchen von der Attraktivität

Die Landesverteidigungsberichte zeigen auf, dass selbst eine räumlich und zeitlich begrenzte Schutzoperation des Bundesheeres erst nach einer (Teil-)Mobilmachung bewältigbar ist. Eine durchhaltetfähige Abwehroperation ist mit einer Mobilmachungsstärke von 55.000 Soldaten überhaupt nicht darstellbar. Für die „Kriegsfähigkeit“ des Bundesheeres ist also das Milizsystem entscheidend. Subsidiäre Aufgaben wie Katastrophenhilfe oder sicherheitspolizeiliche Assistenz können vom Berufskader, KPE-Kräften und Grundwehrdienstern bewältigt werden – aber auch das nicht dauerhaft. Für die Kernaufgabe des Bundesheeres – die militärische Landesverteidigung – reichen diese Kräfte nicht aus.

/ Es ist unbestritten, dass beim Milizkader in den letzten Jahren der altersbedingte Aderlass höher war als der Zulauf von Nachwuchs im Bereich der (Unter-)Offiziere. Bei den Mannschaften ist der Anteil der nichtübungspflichtigen, befristet Beordneten so hoch, dass Volltruppenübungen ohne Fülltruppe nicht möglich sind. Damit ist die Kampfkraft des Bundesheeres insgesamt mangelhaft. Dieser Mangel kann im Ernstfall nur durch eine mehrmonatige Einsatzvorbereitung ausgeglichen werden – oder durch die Rückkehr zu verpflichtenden Übungen für alle Soldaten.

/ Bei den Mannschaften wird seit zwanzig Jahren auf das Prinzip Freiwilligkeit gesetzt. Es stellt sich jedoch die Frage, welcher vernünftige Mensch sich bei der Kampf-oder-Flucht-Frage für Kampf entscheidet, wenn er keine Erfolgchance darin sieht. Die ÖÖG wurde „von der Politik“ immer wieder eingeladen, Vorschläge zu machen, wie man die freiwillige Meldung zur Miliz attraktiver gestalten könnte. Doch dieser Zugang impliziert, dass man nicht an einen Kampfeinsatz denkt. Denn was soll an Krieg, Verletzung oder Tod attraktiv sein? Es mag ja noch verlockend sein, für eine hohe Geldprämie in einen Assistenzeinsatz zu gehen. Aber gilt das auch für einen „lit. a-Fall“?

/ Mit steigender Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes des Bundesheeres für sei-

ne Hauptaufgabe sinkt seine Attraktivität. Soldat sein ist eben kein Beruf wie jeder andere. Natürlich gibt es Menschen, die sich aus Einsicht in die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der Landesverteidigung in den Dienst des Landes stellen. Diese Personen befinden sich meist in Kaderfunktionen. Doch können wir erwarten, dass es ausreichend viele Menschen gibt, die sich als einfacher Soldat den Gefahren des Schlachtfeldes aussetzen, weil es „attraktiv“ ist? Traditionell lösen Staaten dieses Dilemma mit einer Wehrpflicht und einem drakonischen Militärstrafrecht.

Jedes Land hat eine Armee – entweder die eigene oder eine fremde

Wenn Russland „die komplette Auslöschung des Staatsapparats“ (Zitat von Dmitri Medwedew) in der Ukraine anstrebt, die EU-Länder Estland, Lettland und Litauen als seine baltischen Provinzen bezeichnet, Gebietsansprüche an Polen formuliert und im Gegenzug die NATO einen Krieg in den nächsten Jahren für möglich hält, dann ist die Eskalationsspirale schon weit fortgeschritten. Diese Situation kann man aus gutem Grund bedauern und kritisieren, aber man darf sie nicht ignorieren. Denn sehr leicht kann ein Krieg der Worte heiß werden. Es ist dann auch irrelevant, ob Österreich unmittelbar etwas dazu beigetragen hat. Denn als EU-Mitglied sind wir in dieser Frage jedenfalls Partei und werden von Russland seit 7. März 2022 als „unfreundlicher Staat“ bezeichnet.

/ Wenn sich große militärische Potenziale konflikthaft gegenüberstehen, dann ist Abschreckung des Gegners ein probates Mittel. Erst wenn dieses versagt, stellt sich die Fight-or-flight-Frage. Während des Kalten Krieges hat Österreich auf diese Logik vertraut und mit dem Raumverteidigungskonzept einem potenziellen Angreifer glaubwürdig vermittelt, dass der Preis für einen Angriff sehr hoch sein würde. Das damals entwickelte Konzept der „Umfassenden Landesverteidigung“ (ULV) hat dafür gute Dienste geleistet. Gegenwärtig können in Österreich zahlreiche Defizite festgestellt werden, die zu einer unzureichenden preparedness führen. Eine Renaissance der ULV zur Erhöhung der gesamtstaatlichen Resilienz ist daher unumgänglich.

Doch auch im Bereich der militärischen Landesverteidigung ist noch viel zu tun:

1. Ein gegenwärtiges Verteidigungsbudget von 1 % des BIP darf getrost hinterfragt werden, wenn in der NATO trotz Beistandspflicht über ein Ziel von 3–5 % diskutiert wird.
2. Bei einer Kriegsgefahr innerhalb von drei bis fünf Jahren (2028 bis 2030) ist die Ambition des Aufbauplans 2032+ hinsichtlich der materiellen Nachrüstung unbefriedigend.
3. Die Mobilmachungsstärke ist umgehend auf die Notwendigkeiten einer Abwehroperation anzuheben. Dazu sind der Wehrdienst und der Zivildienst zu verlängern, das Konzept der „attraktiven Freiwilligkeit“ aufzugeben und zur Übungspflicht zurückzukehren.
4. Im Grundwehrdienst und bei den Truppenübungen sind die militärischen Szenarien und Einsatzarten in

den Vordergrund zu stellen. Polizei und Feuerwehren sollen ihren Aufgaben eigenständig nachkommen, ohne Ressourcen des Militärs zu binden und damit die Einsatzbereitschaft der „strategischen Reserve der Republik“ zu schwächen.

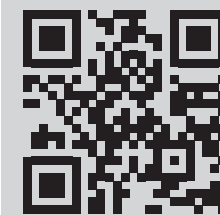
Von Walter Scheel, dem vierten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, stammt das Zitat: „Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen.“

/ In diesem Sinne hat die neue Bundesregierung hohe Erwartungen zu erfüllen, meint Ihr

**Mag. Erich Cibulka, Brigadier
Präsident der Österreichischen
Offiziersgesellschaft**



Immer
aktuell
informiert.
Eintragen.
Jetzt.
oeog.at/newsletter



Der
ÖÖG
Newsletter

Foto: Bundesheer/Daniel Trippel

¹ Unique Research, Onlinebefragung zwischen 26.08. und 06.09.24, Schwankungsbreite +/- 3,5 Prozent

Der XII. Tag der Wehrpflicht

70 Jahre Bundesheer. Gestern. Heute. Morgen.



Das Podium mit dem Präsidenten Brigadier Mag. Cibulka und den Vortragenden: General Mag. Entacher, General Mag. Brieger, Generalmajor Dr. Vorhofer

Nach einer beschwingten musikalischen Einbegleitung durch ein Bläserquintett der Gardemusik und einem fesselnden Film über die Leistungen des Bundesheeres konnte der **Präsident des Dachverbandes der Wehrpolitischen Vereine, Brigadier Mag. Erich Cibulka** am 20. Jänner 2025 in einem vollbesetzten Festsaal der Industriellenvereinigung den XII. Tag der Wehrpflicht eröffnen. In seinen Begrüßungsworten hob er mit Freude hervor, dass seit der Gründung des Dachverbandes bereits zehn Jahre verstrichen seien und der Dachverband nunmehr etwa 250.000 Mitglieder vertrete, die sich den drei Verfassungsgrundsätzen „Wehrpflicht, Milizsystem und Umfassende Landesverteidigung“ verpflichtet fühlten. Nach einer kurzen Einführung in das Thema der Veranstaltung gab er das Wort an die **Bundesministerin für Landesverteidigung Mag. Klaudia Tanner**.

In ihren Grußworten hob die Bundesministerin für Landesverteidigung Mag. Klaudia Tanner hervor, dass die Wehrpflicht und das Milizsystem die Basis für ein starkes Bundesheer darstellten und wir in Österreich glücklich sein könnten, dass es die Wehrpflicht gebe, denn in anderen Staaten, welche die Wehrpflicht ausgesetzt hätten, sei eine Umkehr zur Wehrpflicht nur mit großen Anstrengungen machbar. Mit Stolz könne sie auf die letzten fünf Jahre ihrer Ministerschaft zurückblicken,

denn vieles sei geschehen, angefangen vom höchsten Verteidigungsbudget in der nunmehr 70-jährigen Geschichte des Bundesheeres bis hin zur Außerstreitstellung der notwendigen Verbesserungsmaßnahmen beim Bundesheer über Parteigrenzen hinweg. Sie wies im Zusammenhang mit den 70-Jahr-Feiern darauf hin, dass es heuer viele Veranstaltungen des Bundesheeres geben würde. Abschließend dankte die Bundesministerin den Vereinen des Dachverbandes als wesentlichen Trägern der geistigen Landesverteidigung und übergab an den Präsidenten des Dachverbandes die Urkunde, mit dem der Dachverband nunmehr Partner des Bundesheeres ist.

In seinem Vortrag „Von der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) bis zur Friedensdividende“ gab der Chef des Generalstabes von 2007 bis 2013, **General i. R. Mag. Edmund Entacher**, einen Einblick in die schwierigsten Jahre des Bundesheeres. General i. R. Entacher hat während seiner Dienstzeit Großartiges geleistet und durch seinen Widerstand gegen den damaligen Bundesminister Mag. Norbert Darabos, welcher ein Berufsheer durchsetzen musste, wesentlich dazu beigetragen, dass die Wehrpflicht erhalten geblieben ist. Er hat damals mit seinem Verhalten echte Offiziers-tugend bewiesen. Entacher legte seinen Vortrag zum besseren Verständnis weiter an und begann mit den unglückseligen

Tagen während des Einmarsches der Warschauer Pakttruppen in die Tschechoslowakei im August 1968. Damals wurde zwar das Bundesheer aufgeboden, jedoch durfte es nicht näher als 30 km an die Grenze vorrücken. Ferner erfolgte keine Einberufung des Grenzschatzes und vielfach lagen auch Gefechtsstände vor der eingesetzten Truppe. Diese Vorgangsweise verstärkte nur die bereits im Werden befindliche 1968-Bewegung, welche mit Slogans wie „Viel Panzer und kein Hirn“ oder „Sechs Monate sind genug“ das Bundesheer in Misskredit bringen wollte. Mit dem Manöver „Bärentatze“ versuchte das Bundesheer dieser Strömung entgegenzuwirken. Eine Schilderung des Manövers würde den Platz der Zeitschrift überschreiten; hingewiesen wird hier auf die umfangreiche Darstellung und Analyse des Manövers Bärentatze, erstellt von General i. R.



Die Bundesministerin und der Präsident bei der Übergabe der Urkunde

Prof. Horst Pleiner, welche als Sonderheft 89 des „Pallasch“ im Dezember 2024 erschienen ist. Die Übung war zwar gut angelegt, jedoch fehlte die Kommunikation nach außen zu den Medienvertretern und es herrschte auch schlechtes Wetter. Das Manöver verfehlte seine politische Zielsetzung und es begann danach die „schwärzeste Zeit des Bundesheeres“. Schließlich kam es Anfang der 1970er-Jahre zur Verkürzung des Wehrdienstes, allerdings mit vielen Möglichkeiten, den Wehrdienst abzuleisten, und es wurde das Raumverteidigungskonzept als glaubwürdige Form der Abhaltung in Kraft gesetzt. Neben dem Raumverteidigungskonzept kam es auch zu einer Reihe von legistischen Maßnahmen, wie der Verfügung der Umfassenden Landesverteidigung 1975 und des Landesverteidigungsplanes 1985. Zehn Jahre nach der Bärentatze erfolgte eine erste große Überprüfung des Raumverteidigungskonzeptes durch die Raumverteidigungsübung (RVÜ) 1979, welche ein großer Erfolg und auch medial gut verkauft wurde. Das Bundesheer war damals wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen und im Heer und in den Milizverbänden war Aufbruchstimmung spürbar.

Mit der Schaffung der Landwehrstammregimenter als mobilmachungsverantwortliche Kommanden gelang es, das Bundesheer bis zu einer Mobilmachungsstärke von 250.000 Mann auszubauen. Und es wurde auch viel geübt; jährlich haben rund 120.000 Soldaten geübt. Im Rahmen der sogenannten Gesamttraumverteidigung wurde das gesamte Bundesgebiet in Zonen eingeteilt. Einige dieser Zonen, etwa das Weinviertel, waren mit der damaligen Bewaffnung im Jagdkampf nur sehr schwer zu beherrschen, aber das Konzept war richtig, denn mit einer technisch besseren Bewaffnung hätte man im Weinviertel damals durch den Einsatz von Lenkwaffen durchaus beachtliche Abwehrerfolge erzielen können. Die damalige Zeit war auch eine Zeit der zahlenmäßig starken Ausmusterungen an der Militärakademie und an der Ausbildungsstätte für Unteroffiziere. Es gab beispielsweise Jahre mit bis zu 800 ausgemusterten Aktiv- und Milizleutnanten. Besonders her-

vorzuheben ist die großartige Fremdsprachenausbildung, welche damals breitflächig begann und den Grundstein dafür gelegt hat, dass heute jeder Kadersoldat ein brauchbares Englisch spricht. Ebenso erfolgte eine großangelegte Übungstätigkeit im freien Gelände mit Milizbataillonen, und es kam Mitte der 1980er-Jahre zu technischen Verbesserungen der Bewaffnung durch die Einführung von Lenkwaffen. Ebenfalls wurde bei der Anschaffung von Simulatoren Großes geleistet. Dennoch konnte die Zwischenstufe 1986 personell nicht erreicht werden und es fehlten vor allem Milizfachunteroffiziere.

Die schlechten budgetären Bedingungen (obwohl 1986 die Auflösung des Warschauer Paktes noch nicht absehbar war, sank bis 2022 der Anteil der Landesverteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt stetig; diese Vorgangsweise kann man nur als politische Sorglosigkeit interpretieren) zwangen zu Organisationsänderungen, etwa die Heeresgliederungen 78, 87, 90 und die Strukturanpassung, um die Schere zwischen Notwendigkeiten und tatsächlichen Verfügbarkeiten schließen zu können. Was alles nicht beschafft werden konnte, kann man im Buch „Einsätze des Bundesheeres“ von Brigadier i. R. Prof. Mag. Rolf Urrisk nachlesen. Dennoch wurde Großartiges geleistet, vor allem im Katastropheneinsatz bei Auslandseinsätzen, wo bis zu 1.500 Soldaten gleichzeitig im Einsatz waren. Ebenfalls konnte das Bundesheer bei der Aufstellung der EU-Battle-Groups viel lernen und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer modernen Bewaffnung schaffen. Ein großer Dämpfer kam während der Vorbereitungen zur Großübung „Schutz und Hilfe 2004“, als der damalige Bundesminister Günther Platter die ersatzlose Reduzierung des Grundwehrdienstes auf sechs Monate und obendrein die Aussetzung der Truppenübungspflicht anordnete. Dies hat sich als schwerer struktureller Schaden erwiesen, der offensichtlich nur schwer zu reparieren ist. Damit sank der Kampfwert der Miliz, da die Übungstätigkeit fast zum Erliegen kam. Aber damit war noch nicht genug Schaden angerichtet worden, denn es wurde vehement die Friedensdividende eingefordert und die Kürzung des

Verteidigungsbudgets pro Jahr um 100 bis 120 Millionen Realität.

Entacher beendete seinen Vortrag mit der Feststellung, dass er froh sei, dass diese Zeit überwunden sei, und er sich die wechselvolle Geschichte des Bundesheeres nur so erklären könne, dass nach dem Krieg mit 240.000 gefallenen Österreichern und etwa doppelt so vielen Kriegsinvaliden man eigentlich „nie wieder Krieg wollte und auch keinen Bedarf für ein Heer sah“. Der Staatsvertrag sah aber ein Heer vor, welches aber in der Ansicht der Politikern weniger zur Landesverteidigung eingesetzt werden sollte als zu den anderen Aufgaben gemäß Wehrgesetz. Soldaten lesen allerdings gesetzliche Grundlagen für das Bundesheer anders, nämlich „dass die Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen ist“. Dies seien eben zwei verschiedene Welten, meinte der General abschließend.

Nach einer musikalischen Überleitung und einem informativen Film über den Militärausschuss der Europäischen Union (EU), dessen Vorsitzender der österreichische **General Mag. Robert Brieger** ist, erfolgte von Brieger der Vortrag zum Thema „Österreich und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)“. Brieger präziserte bereits zu Beginn seines Vortrages das Ziel, er wolle Missverständnissen über die EU-Sicherheits- und -Verteidigungspolitik ausräumen und damit einen möglichst realistischen Rahmen für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzeigen. Die Zeit der Friedensdividende sei effektiv vorbei und die EU in einer existenziellen Gefahr; man müsse sich den neuen Bedrohungen rasch anpassen. Der Krieg in der Ukraine habe uns gelehrt, dass man nur dann auf Hilfe durch Dritte hoffen könne, wenn man sich selbst verteidigen könne. Die EU dürfe daher nicht auf die Hilfe durch die USA hoffen, sondern müsse selbst etwas tun. Präsident Trump würde dies auch gebührend einfordern. Man müsse das Bedrohungsszenario klar benennen, denn Konflikte entstünden heute in vielen Gebieten der Welt, etwa am Balkan, in der Arktis, in Afrika, auf den Weltmeeren etc. Europa habe im Zusammenhang mit all diesen Konflikten das strategische

Denken an die USA ausgelagert. Eine neue strategische Denkweise würde daher in Europa Einzug halten müssen. Wir bräuchten ein umfassendes strategische Verständnis und nicht mehr ein Denken in einzelnen Schubladen, etwa da die NATO und dort die EU. Kern dieser neuen Denkweise müsse die Abkehr von der reinen Bedrohungs- und Reaktionspolitik hin zu einer feindlichen Abhaltung und effektiven Abschreckung sein. Jeder potentielle Aggressor gegenüber der EU müsse sich im Klaren sein, dass er im Falle einer Aggression mit der Reaktion rechnen muss. Die Ausarbeitung dazu müsse ein „Worst Case Szenario beinhalten, nämlich den Angriff auf die Integrität und Souveränität der EU“. Kein EU-Mitgliedstaat könne dies alleine bewerkstelligen und auch die NATO für sich sei ohne die EU nicht voll handlungsfähig. Da es eine EU-Armee und auch eine eigene NATO-Armee auf absehbare Zeit nicht geben würde, müssten die militärischen Komponenten im Kollektiv aufgebaut werden. Europa würde primär von den Europäern zu verteidigen sein und auch in letzter Konsequenz würden in den Panzern, die Europa verteidigen, Europäer sitzen. Der General hob klar hervor, dass die Leistungsfähigkeit der EU-Verteidigung immer vom Stand der politischen Zusammenarbeit und der politischen Integration abhängen wäre. Aktuell sehe er zwar eine Tendenz, dass die europäischen NATO-Mitglieder die Erfüllung der NATO-Bündnisverpflichtung höher einstufen als die Teilnahme an der GSVP, aber es beginne auch hier ein Stimmungswechsel.

/ Brieger sah in seinem Referat als den nächsten zu erreichenden Meilenstein die Beantwortung der offenen Frage nach der Operationalisierung der gemeinsamen Verteidigungsambitionen der EU gemäß Art. 42 des EU-Vertrages und er erwartet sich dazu klare Antworten im neuen Weißbuch, welches im März 2025 erscheinen soll. Ein positiver Schritt in die richtige Richtung sei seiner Einschätzung nach die spürbare Erhöhung der Verteidigungsbudgets der EU-Mitgliedsstaaten auf 326 Mrd. Euro im Jahre 2024, was im Durchschnitt etwa 1,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspräche. Allerdings erwarte er, dass in der NATO als neue Benchmark

etwa 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes eingeführt werden würde. Umso wichtiger sei es, dass die EU auch hier größere Anstrengungen unternähme. Es wurde bereits einiges erreicht, etwa mit der Aufstellung rasch verfügbarer Eingreifkräfte und mit dem militärischen Übungszyklus. Allerdings sieht er Verbesserungspotential bei der Kommunikation zum Bürger, da EU-weit viel Unklarheit über die europäische Verteidigungspolitik bestünde. Brieger kam danach erneut auf das im Erscheinen begriffene Weißbuch zu sprechen. Er erwartet sich, dass das Weißbuch auch eine Grundlage für die Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich im Rüstungsbereich liefern würde, insbesondere im Bereich des Airshield und des Cybershield, sowie der Mobilität und der strategischen Verlegungsfähigkeit. Gearbeitet würde bereits an einer Preparatory (vorbereitende) Strategie zu EU-Krisensicherungsmaßnahmen sowie an den EU-Ambitionen, um die dafür erforderlichen Mittel zu definieren. Weiterentwickelt müssten auf jeden Fall die EU-Einsätze in Richtung robusterer sowie maritimer und bedarfsorientierter Einsätze werden. Die EU könne bereits hier Erfolge verzeichnen, etwa bei der EU Military Assistance für die Ukraine durch die Ausbildung von rund 70.000 Soldaten. Die EU sei damit der wichtigste Truppensteller für die Ukraine. Brieger hob als einen besonders gelungenen robusten maritimen Einsatz „European Union Naval Force – Aspides (EUNAVFOR Aspides)“ im Indischen Ozean hervor, welcher den dortigen Seeweg für die Handelsrouten gegen Bedrohungen durch die Huthis offenhalten soll. Ferner ist ab 2024/25 die vollständige Bereitschaft der ersten Rapid Deployment Capacity sichergestellt, jener schnellen modularen Eingreifkräfte in der Stärke von 5.000 Soldatinnen und Soldaten, die rasch eingesetzt werden können.

/ Nach der Darstellung der EU-Ebene bewertete Brieger noch die Auswirkungen und Folgerungen davon auf die österreichische Verteidigungspolitik. Die EU sei und bleibe der wichtigste Handlungsrahmen für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Er sah fünf Bereiche, in denen Österreich besonders gefordert ist, nämlich 1. die Fortsetzung des Beitrages zu EU-Mis-

sionen auf hohem Niveau, 2. die Schaffung eines Zentrums für die umfassende Sicherheitsvorsorge, 3. das Heranführen der Westbalkanstaaten an eine Mitgliedschaft in der EU, 4. das Mitwirken an den Programmen der europäischen Rüstungsindustrie und 5. eine gezielte Personaleinsatzplanung. In der Folge erläuterte er diese Punkte noch näher, etwa, dass bereits 172 österreichische Militärs Führungspositionen in der EU wahrgenommen hätten, was den guten fünften Platz unter allen EU-Mitgliedsstaaten bedeute, allerdings gebe es hier sicher noch Luft nach oben. Und auch bei den Programmen der Rüstungsindustrie könnten österreichische kleine und mittelständische Unternehmen teilnehmen, etwa bei der Entwicklung künstlicher Intelligenz, im Cyberbereich und bei der Drohnenherstellung. Da es auf EU-Ebene einen Bedarf an Framework-Nationen für die Gestellung von Kampfataillonen gibt, könnte er sich vorstellen, dass Österreich auch hier gemeinsam mit Partner in Mitteleuropa Interesse zeige. Abschließend meinte Brieger, dass Europa in Gefahr sei, und er zitierte Hölderlin: „Wo Gefahr ist, wächst auch das Rettende!“ Er meinte daher, dass Europa die geistige und kulturelle Kraft besäße, die Zukunft erfolgreich meistern zu können. Jedoch sei die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur so stark, wie diese in den Mitgliedsstaaten ausgestaltet sei.

/ Nach dem Referat von General Brieger erfolgte das Referat des Krisensicherheitsberaters der Bundesregierung Generalmajor **Dr. Peter Vorhofer** mit dem Titel „Renaissance der ULV“. Er begann zunächst mit einem Zitat von Georgi Arbatow aus dem Jahre 1993, der sagte: „Wir werden euch noch etwas Furchtbares antun – wir werden euch den Feind nehmen!“ Vorhofer interpolierte dieses Zitat in einer dreifachen Ausführung auf die Gegenwart: Wir (hier soll „wir“ als sehr allgemein verstanden werden) werden euch etwas Furchtbares antun – wir werden euch den Neorealismus wiederbringen; wir werden euch etwas Furchtbares antun – wir werden euch die Widerstandskraft nehmen; und: wir werden euch etwas Furchtbares antun – wir werden euch überdehnen! Danach stellte er die Zielrichtung seines Referates dar – er wolle

einen Bogen von der Wehrpflicht über die strategischen Herausforderungen zur Umfassenden Landesverteidigung spannen – und lud das Auditorium ein, mit ihm diesen Weg zu gehen. Er erläuterte daraufhin den Sinn und Zweck der Wehrpflicht, welche ein Ausdruck des Wehrsystems ist. Das Wehrsystem wiederum sei der Ausdruck des Politik- und Gesellschaftssystems. Danach analysierte er den Sinn und Zweck eines Wehrsystems/der Wehrpflicht aus philosophischer, politikwissenschaftlicher und historischer Sicht unter Bezugnahme auf namhafte Wissenschaftler, wie Sigmund Freud, Konrad Lorenz, Niccolò Machiavelli, Karl Marx oder Thomas Hobbes. Aus Platzgründen verzichte ich auf eine Darstellung dieser zweifelsohne interessanten Details und verweise auf die im Internet verfügbare Aufzeichnung des Tages der Wehrpflicht im YouTube-Format. Interessant für die weiteren Ausführungen erscheint jedoch der Gedanke von Thomas Hobbes, ein Denker aus dem 16. Jahrhundert, der die Ansicht des „Krieges eines jeden gegen jeden“ im Naturzustand vertrat. Damit wir verhindern, dass wir alle gegeneinander kämpfen, schlägt Hobbes vor, die Streitereien auf eine andere Ebene anzuheben, was auch nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Schaffung der Vereinten Nationen erreicht werden sollte. Vielmehr kam aber im Zuge der Globalisierung ein neuer Neorealismus auf, in dem alle Staaten gegeneinander ums Überleben kämpfen. Zusätzlich gewinnen auch die Strömungen des Neoliberalismus und Neoliberalismus an Bedeutung. Das Hobbes'sche Konzept hat sich in der Praxis bislang nicht voll bewährt, und es erscheint daher gegen all diese neuen Strömungen als einzige tragfähige Lösung der „wehrhafte Bürger in Uniform (der Wehrpflichtige)“ zu sein. Die Staaten der EU werden zunehmend durch drei Kreise beeinflusst, einerseits durch den Gegenwartsraum der regulierten Weltordnung, gekennzeichnet durch eine zunehmend sich auflösende Weltordnung, durch starke Konkurrenz in der Globalisierung, durch Klimaveränderungen; durch die gewünschte Zukunftsperspektive und durch die erwartete Zukunft, welche durch wissenschaftliche Methoden recht gut vorhersehbar ist, beispielsweise Europa ist

alleine zu Hause, es kommt zum Kampf der Allianzen oder es kommt zu einem Kampf alle gegen alle. Die erwartbare Zukunft ist gekennzeichnet dadurch, dass bestimmte Lebensbereiche gleichzeitig unter Druck kommen, etwa die Gesellschaft (Bevölkerungsentwicklung auf Nachbarkontinenten), Umwelt (gemäß dem Farmland Bird Index ist ein Verlust an Biodiversität in der Flora und Fauna erkennbar), Ressourcen (Kampf um Rohstoffe), Wirtschaft (Wohlstandsverlust), Technologie (Vormarsch der Biotechnologie), Politik und Militär (mehr gewaltsame Konflikte und keine Einschränkungen bei der Aufrüstung mangels in Kraft befindlicher Rüstungskontrollabkommen). In Bezug auf all diese neuen Herausforderungen und Veränderungen unserer verschiedenen Lebensbereiche haben wir Anpassungsleistungen gegen die Klimakatastrophe und Sicherheitsleistungen gegen die Auflösung der regulierten Weltordnung zu erbringen, wobei die Betonung auf dem Wort „Leistung“ zu liegen hat, das heißt, wir müssen rasch reagieren und wir können nicht warten, bis sich die Veränderungen zu unseren Gunsten verändern. Bedeutend für die Sicherheitsleistung gegen die Auflösung der regulierten Weltordnung ist ein Umdenken bei dem bislang gerne gepflegten Denkmuster. Bislang dachten wir immer, dass in der regulierten Weltordnung alle Staaten auf einem gleichen Niveau leben, bildlich vorstellbar als ein Rechteck, welches die gesamte Welt beinhaltet und darin Kreise gleichen Umfangs. Die Realität sieht freilich anders aus, den Strategen haben immer anders gedacht. In dem Viereck sind nämlich Kreise unterschiedlichen Umfangs vorhanden. Ob ein Staat global erfolgreich ist, hängt immer davon ab, wie groß er ist, welche Art und Menge an Bevölkerung er hat, welche Streitkräfte er besitzt, wie exzellent seine Forschung und Bildung ist, über welche Rohstoffe er verfügt und wie er all seine Ressourcen bestmöglich einsetzen kann. Kann ein Staat über all diese Ressourcen verfügen, ist der optionale Endpunkt jeder Auseinandersetzung ein kriegerischer. Heute stehen wir vor einem Wendepunkt der Weltordnung, denn es haben sich neben den USA mehrere andere größere Kreise gebildet, welche auch

zu Machtzentren in ihren Regionen werden könnten, wie etwa die Türkei, Südafrika oder Brasilien. Diese einzelnen neuen Machtzentren bieten ein Gesamtsystem an und die EU wird nur mehr ein Teil dieses Systems sein.

/ Danach kam Vorhofer auf Resilienz zu sprechen und gab ein einfaches Beispiel dazu: Heute seien wir zu etwa 5 % vorbereitet auf Krisen, die das Bundesheer und die Polizei beherrschen könnten, weitere 5 % könnten die Feuerwehren und die Rettungsorganisationen beherrschen. Gegen die restlichen 90 % an möglichen Krisen sei die Gesellschaft nicht vorbereitet und wir hätten keine geeigneten Instrumentarien dagegen verfügbar. Diese Krisen würden von der EU durch 13 Angriffsvektoren definiert und operationalisierbar gemacht. Gerade gegen diese Krisen müssten wir wirksame Schutzschilder zur Krisenbewältigung und Krisenvorsorge aufbauen. Beispielsweise könnte eines dieser Schutzschilder die ULV sein. Im Idealfall sollten diese Schutzschilder aus mehreren Schichten bestehen, die in unterschiedlichen Szenarien zum Einsatz gelangen können. Ein wesentlicher Faktor, der die Schichten dieses Schildes zusammenhalten kann, könnte das Bundesheer sein. Ob wir aber mit diesem Schild mit seinen Schichten alle Krisen beherrschen und abwehren können, könne nur theoretisch beantwortet werden. Da wir uns heute einer Art „exponentialen, multidimensionalen Gefahreninnovation“ gegenübersehen, könnten Gefahren von heute sich morgen schon anders darstellen. Um dem Druck dieser Gefahren wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, gebe es nur zwei Möglichkeiten: einerseits durch die Regierungsinstitutionen und andererseits durch die Bevölkerung. Seiner Beurteilung nach seien wir bei ersterer schon gut aufgestellt, aber was die Bevölkerung beträfe, bestehe noch großer Nachholbedarf.

/ Vorhofer kam nach diesem theoretischen Ausflug zur Praxis und erläuterte, was konkret in der Praxis dagegen unternommen wird. Erstens gebe es bereits das jährlich veröffentlichte Risikobild des Bundesministeriums für Landesverteidigung, zweitens gebe es die österreichische Sicherheitsdoktrin und drittens das Bundes-Krisen-

sicherheitsgesetz. Sehr positiv hob er hervor, dass die Staatsspitze äußerst kooperativ bei der Krisenvorsorge zusammenarbeite. Es bedürfe aber noch größerer Anstrengungen. Da in seiner Befundung bei den Gefahren das Wort „Innovation“ vorkäme, bedürfe es bei der Planung und Bewerkstelligung von Krisen auch der Freiheit des Geistes, da Innovation als Zusammenspiel von Wissen mal Freiraum definiert werden könne. Gerade im Zusammenhang mit Wissen und Freiraum gebe es seit Kurzem einen intensiven Dialog mit der Wissenschaft bei der Erstellung des Lagebildes, welches im Sinne des Bundes-Krisensicherheitsgesetzes zu erstellen sei. Des Weiteren müssten wir uns bewusst werden, dass im Sinne des Slogans „Never change a winning team“ die ULV wiederbelebt werden müsse. Jedoch gehöre diese an die modernen Gegebenheiten angepasst. Wenn wir nun die ULV als Hardware ansehen und das Bundes-Krisensicherheitsgesetz als Software, dann müssten wir darauf nur mehr die richtigen Apps laden und auch diese richtig bedienen. Eines erscheine ihm auch wichtig, man müsste eine Art ULV oder einen Resilienzdienst ins Leben rufen, nicht zu verstehen als einen neuen Dienst neben dem Wehrdienst oder Zivildienst, sondern es sollte, wie bereits in den skandinavischen Ländern angedacht wurde, die Zivilgesellschaft bei der Krisenvorsorge mit eingebunden werden. Das heißt, dass bestimmte Personen vorrausschauend Einberufs(Stellungs-)befehle bekommen sollten, welchen sie im Falle einer eingetretenen Krise Folge zu leisten hätten, etwa ein Turbinentechniker, und man sollte auch für die Gesellschaft Handlungsanleitungen ausgeben. Ferner müssten wir über einen Resilienzplan nachdenken, in dem auch das Prinzip der rotierenden Verantwortung verankert ist, was bedeutet, dass im Wechsel immer wieder ein Ressort im Jahreskreis als Leitministerium einge-teilt ist. Des Weiteren müssten wir in der Bevölkerung so etwas wie Resilienzgemeinschaften einrichten, was so viel bedeutet wie dass sich in Krisen die Menschen gegenseitig helfen und nicht einsperren. Ferner müsste es spezielle Trainings geben und auch das Verhalten in Worst-Case-Szenarien ausgearbei-

tet werden, die die Bevölkerung auch kennen müsse. Dazu sollte man so wie in Skandinavien den einzelnen Bewohnern klar verständliche Handlungsanweisungen für den Krisenfall ausgeben. Überdies bräuchten wir eine gute Story, welche auch von der Bevölkerung angenommen würde. Er schloss seinen Vortrag mit der Kampfansage an die Krisen jeglicher Art, dass wir diesen Fürchterlichen antun würden, nämlich dass wir uns gut darauf vorbereiten würden.

/ Nach einem überleitenden Musikstück oblag es dem Präsidenten des Dachverbandes, die Erkenntnisse der Veranstaltung zusammenzufassen. **In seinen Schlussworten hob der Präsident** besonders hervor, dass man sich in Österreich Jahrzehnte mit einem Bundesheer abfindet, welches zwar gut für den Katastropheneinsatz verwendbar war, aber nur bedingt zur militärischen Landesverteidigung. Erst der Krieg in der Ukraine führte zu einem Umdenken und es wurde unter der Federführung des amtierenden Chefs des Generalstabes General Mag. Rudolf Striedinger und seines Stellvertreters Generalleutnant Mag. Bruno Hofbauer der Aufbau-plan 2032+ entwickelt, der auch die volle Zustimmung des Dachverbandes besäße. Besonders dankte er der FBM für ihren Einsatz, wesentlich mehr Bud-

get für das Bundesheer lukriert zu haben. Es würde nun darum gehen, so der Präsident, dass das auch weiterhin so bliebe und das Bundesheer nicht wieder für Einsparungsnotwendigkeiten erhalten müsse. Interessant für den Präsident war auch ein Blick in die internationale Statistik „Global Firepower Index“, welcher das Bundesheer unter 145 betrachteten Staaten auf Platz 68 reiht, hinter Kuba und vor Sri Lanka. Die Schweiz nimmt hier den guten 44 Platz ein. In Bezug auf mehrere betrachtete Faktoren der inneren Organisation des Heeres wird das Bundesheer mit den Streitkräften von Turkmenistan und Georgien auf einer Stufe gesehen. Aus all den Statistiken und dem heute Gesagten ergeben sich für den Präsidenten drei Ableitungen: Erstens müsse ein Bewusstsein geschaffen werden, dass das Verteidigungsbudget nicht wieder gekürzt werden darf. Zweitens müssten die verpflichtenden Truppenübungen wieder eingeführt werden, und drittens brauche Österreich eine effektive Luftabwehr, egal wie sie heißen wird.

/ Mit dem Abspielen der Bundeshymne endete der XII. Tag der Wehrpflicht. (Chefredakteur/Der Offizier). Anzusehen ist der Tag der Wehrpflicht 2025 unter www.youtube.com/live/YZDofs9SjPg ✕



Rolf M. Urrisk-Obertyński
„Ich hatt' einen Kameraden – Treu bis in den Tod“
496 Seiten, 1400 Abbildungen, Hardcover
Weishaupt-Verlag, Gnas

„Ich hatt' einen Kameraden – Treu bis in den Tod!“ ist ein einzigartiges Werk, das die militärische Gedenkkultur Wiens in den Fokus rückt. Geschrieben von Brigadier i. R. Prof. Mag. Rolf Urrisk-Obertyński, bietet es eine detaillierte Untersuchung der Denkmäler,

Grabstätten und Erinnerungsorte, die an gefallene, vermisste und verstorbene Soldaten erinnern. Diese Publikation zeichnet sich durch eine umfassende Dokumentation aus, die sowohl historische Hintergründe als auch kulturelle und religiöse Aspekte aus der Sicht aller sechs Militärseelsorgen beleuchtet. Der Autor widmet sich den Besonderheiten militärischer Beerdigungen und der Bedeutung des Gedenkens an Gefallene in Wien. Von Denkmälern in Kirchen bis hin zu Gräbern auf Friedhöfen bietet das Buch einen reich illustrierten Überblick. Ergänzend zum Buch erscheint ein digitaler Datenträger, dem eine strukturierte Übersicht zu den in Wien beigesetzten Militärangehörigen entnommen werden kann. Dies schließt Fotos aller Denkmäler, Gedenktafeln und Grabsteine sowie ein alphabetisch und systematisch geordnetes Verzeichnis mit ein. Beides sind eine wertvolle Ressource für jeden, der sich für die militärhistorischen und gesellschaftlichen Traditionen Wiens interessiert. Die präzise Aufarbeitung und die sorgfältige Recherche machen es zu einer unverzichtbaren Quelle für Historiker, Geschichtsbegeisterte und all jene, die die Vergangenheit Wiens aus einem neuen Blickwinkel betrachten möchten. (Mag. Herbert Bauer, GenMjr i. R.)

Risikobild 2025 –

Gewählt! Demokratie und die freie Welt

Das Bundesministerium für Landesverteidigung präsentierte Ende Jänner die Publikation „Risikobild 2025 – Gewählt! Demokratie und die freie Welt“. Heruntergeladen werden kann die Publikation unter: www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1224

„Der Offizier“ erachtet es als notwendig, wesentliche Kernbotschaften dieser Publikation wiederzugeben (bei einem vertieften Interesse an den einzelnen Kapiteln wird der geschätzte Leserkreis ersucht, diese aus der herunterladbaren Publikation zu entnehmen):

Über **vier Milliarden Menschen wählten 2024 weltweit**, mit mehrheitlichen Erfolgen für oppositionelle und rechtsgerichtete Parteien. Wirtschaft und Inflation dominierten viele Wahlentscheidungen, während Sicherheit nur punktuell eine zentrale Rolle spielte. Demokratische Kontrollmechanismen stehen weltweit unter Druck, insbesondere durch den Aufstieg illiberaler Systeme. Isolationismus und unberechenbare Außenpolitik, insbesondere durch die USA, erhöhen die globale Unsicherheit.

/ Die **kommenden Jahre stehen im Zeichen einer komplexen Gemengelage aus Chancen und Herausforderungen**. In Zeiten eskalierender geopolitischer Konflikte ist die Revitalisierung von Interkonnektivität und Kooperation zwingend erforderlich. Demokratische Systeme werden in Zeiten von Desinformations- und Destabilisierungsinitiativen volatil. Der Machtkampf zwischen den USA und China bestimmt die geopolitische Landschaft. Die EU wird sich als direkte Folge daraus mit einer autonomen europäischen Verteidigungspolitik auseinandersetzen müssen. In Österreich muss das System der Umfassenden Landesverteidigung in seinen

militärischen, geistigen, zivilen und wirtschaftlichen Dimensionen weiterentwickelt werden.

/ **Das internationale System befindet sich in einer Übergangsphase von einer unipolaren zu einer multipolaren Ordnung**, geprägt durch eine konfrontative Ausprägung und wechselnde Machtverhältnisse zwischen Großmächten wie den USA, China, der EU und Indien. Die europäische Integration verläuft widersprüchlich: Während institutionelle Fortschritte gemacht werden, bleiben die emotionale Bindung der Bürgerinnen und Bürger und die politische Stabilität aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Spannungen fragil. Die NATO erlebt durch die Bedrohung Russlands eine Renaissance, während sich das sicherheitspolitische Umfeld Europas grundlegend verändert, was eine verstärkte Verantwortungsübernahme durch die europäischen Mitglieder der Allianz erfordern könnte.

/ Die **Wahl Donald Trumps ist ein weiterer Mosaikstein dafür, dass Europa verstärkt Verantwortung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik übernehmen muss**. Durch das Infragestellen internationaler Organisationen und Abkommen verliert das europäische Narrativ einer regel- und wertebasierten Weltordnung zunehmend an Einfluss. Hybride Bedrohungen wie Desinformation und Cyberangriffe nehmen zu und gefährden demokratische Prozesse. Europa muss Abhängigkeiten von kritischen Ressourcen und Technologien reduzieren, um resilienter zu werden. Europa, aber auch Österreich müssen insbesondere im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit ihre Bereitschaft, umfassender auf Krisen und Konflikte reagieren zu können, erhöhen. Österreich sollte eine aktive Rolle in der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik übernehmen, um seine Sicherheit zu stärken.

Die Globalisierung hat Wohlstand geschaffen, aber auch politische Risiken durch einseitige Abhängigkeiten erzeugt. Autokratien und instabile Staaten nutzen wirtschaftliche Verflechtungen gezielt als geopolitisches Druckmittel. Eine vollständige Autarkie ist unrealistisch, doch westliche Demokratien müssen durch Diversifikation und Securitisation ihre wirtschaftliche Resilienz stärken und sich so gegen politische Erpressung absichern. Politische Entscheidungen müssen langfristige Sicherheitsrisiken berücksichtigen und sollten nicht nur im Sinne kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteile getroffen werden.

/ Nach dieser allgemeinen Einleitung erfolgt eine **detaillierte Analyse folgender Schwerpunktthemen**: der globale Süden, BRICS und andere regionale Zusammenschlüsse, Chinas außenpolitische Doppelstrategie, Szenarien für den Taiwan-Konflikt, Indiens strategische Autonomie, Nuklearwaffen und Rüstungskontrolle, die Gefahr strategischer Abhängigkeiten, Krisen in Zeiten des Klimawandels und Chinas Subventionen verschärfen die globale Rezession; auf eine Darstellung der wesentlichen Ergebnisse muss aus Platzgründen verzichtet werden.

/ **Bei der Analyse des sicherheitspolitischen Umfelds Europas 2025 kommen die Autoren zum Schluss, dass ein Flächenbrand in der Levante trotz zeitweiliger Waffenruhen jederzeit möglich ist** und den Tod von zehntausenden und die Flucht von hunderttausenden Menschen bedeuten würde. Zugleich reduziert dies die Chancen auf Rückkehr in deren Heimat aus Europa. Anschließend an diese Analyse erfolgt die Darstellung der Herausforderungen in ausgewählten Räumen: Osteuropa, Südkaukasus, der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland, die Sicherheit und Stabilität am Westbalkan, Türkei und der Nahe Osten, die Sicherheitslage am ➤

Persischen Golf, Nordafrika, die EU und der Sahel, das Horn von Afrika und die Sicherheitslage in Zentralasien.

/ Großer Raum wird in der Publikation den Risiken und Herausforderungen für die Europäische Union eingeräumt. Die Autoren kommen zum Schluss, dass die EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung zukunftsfit zu machen ist. Eine gemeinsame Beschaffung und Festlegung von europäischen Verteidigungsprojekten wird mit dem EU-Rechtsakt EDIP umgesetzt werden. Zeitenwende bedeutet, dass die GSVP nicht mehr auf das Krisenmanagement außerhalb der Grenzen der Europäischen Union reduziert wird. Die US-Aufmerksamkeit wird sich auf die indopazifische Region richten, in der China als relevanter strategischer Rivale gesehen wird. Die Europäische Verteidigungsunion wird ambitioniert umzusetzen sein, um als europäischer Pfeiler der NATO eine entstehende Sicherheitslücke (Rückzug der USA aus Europa) glaubwürdig schließen zu können. Die NATO bleibt zentral für die europäische Sicherheitsarchitektur, es ist jedoch erforderlich, die europäische Säule der NATO über die Strukturen der Europäischen Union zu stärken. Ein „Einfrieren“ des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine würde Moskaus strategische Position stärken und die Bedrohung Europas dadurch zunehmen, was auch für die NATO eine Zunahme der strategischen Herausforderungen bedeuten würde.

/ Mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO hat sich die Gruppe der neutralen und bündnisfreien Staaten in der EU auf Irland, Malta, Österreich und Zypern reduziert. Neutrale und bündnisfreie Staaten passen ihre jeweilige Verteidigungspolitik einem sich verändernden sicherheitspolitischen und geostrategischen Umfeld an. Damit einhergehend kann eine Neuinterpretation der eigenen Verteidigungspolitik festgestellt werden. Verteidigungspolitisches Engagement innerhalb der EU und Neutralität schließen einander nicht aus. Doch die Bereitschaft zu mehr verteidigungspolitischer Verantwortung im europäischen Kontext bemisst sich nicht an politischer Rhetorik, sondern am

konkreten Einbringen entsprechender Fähigkeiten.

/ Hybride Bedrohungen zielen darauf ab, westliche Gesellschaften an ihren Schwachstellen anzugreifen. Hybride Bedrohungen sollen die demokratischen Werte untergraben, da diese als Bedrohung für das Überleben autoritärer Regierungsmodelle angesehen werden. Die Taktik hybrider Bedrohungen sollte beim Entwickeln neuer disruptiver Technologien berücksichtigt werden. Die Einheit der EU und der NATO ist ein wichtiger Schutz demokratischer Staaten vor hybriden Bedrohungen.

Risiken und Herausforderungen für Österreich

Die Österreichische Sicherheitsstrategie wurde folgerichtig überarbeitet, um auf neue geopolitische Herausforderungen antworten zu können. Das Sicherheitsverständnis in der neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie ist umfassend und bezieht andere Politikbereiche mit ein. Dazu gehören u. a. Wirtschaftspolitik, Klimawandel sowie Migration und Integration. Der Fokus der neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie liegt auf präventiven Maßnahmen und der Stärkung der gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Resilienz. Mit der neuen Strategie soll auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert und das Sicherheitsbewusstsein der Bevölkerung gestärkt werden. Es ist das Ziel Österreichs, aktiv an europäischen Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen zu partizipieren. Neue Strukturen im Bundeskanzleramt wurden eingerichtet, um erstmalig ein gesamtstaatliches sicherheitspolitisches Lagebild zu erstellen. Es wird darauf ankommen, dass alle Mitwirkenden stets die strategische Komponente im Blick behalten und nicht in operative Fragestellungen abgleiten. Zur Umsetzung der Österreichischen Sicherheitsstrategie muss auch die Umfassende Landesverteidigung wieder aufleben.

Strategische Abhängigkeiten Österreichs

Es besteht weiterhin ein sehr hohes Risiko durch ausgeprägte **strategische Abhängigkeiten der österreichi-**

chischen Wirtschaft von einzelnen Staaten bei kritischen Rohstoffen, Komponenten und Gütern. Möglichkeiten, diese Abhängigkeiten zu reduzieren, inkludieren den Aufbau und die Stärkung österreichischer und europäischer Lieferketten, strategische Partnerschaften mit Drittstaaten, gemeinsame europäische Beschaffung, Stärkung zirkulärer Geschäftsmodelle, Aufbau von Lagerstätten sowie Substitution der betroffenen Güter. Viele dieser Maßnahmen beinhalten soziale, ökologische und wirtschaftliche Risiken und sind nur langfristig umsetzbar. Sie müssen daher proaktiv, basierend auf fundierten Analysen der Risikoszenarien geplant und unter Einbeziehung aller relevanten Stakeholder auf nationaler sowie EU-Ebene umgesetzt werden.

/ Große Teile der Gesellschaft sind in ihrer Ablehnung gegen das politische Establishment bereit, Fakten zu ignorieren und Halbwahrheiten oder Lügen zu akzeptieren. Eine Stärkung der kritischen Denkfähigkeit wird notwendig sein, um eine gesellschaftliche digitale Resilienz zu erzeugen.

/ Geistige Landesverteidigung kann im Rahmen der Politischen Bildung gut abgedeckt werden. Die Lehrpläne bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte zur Geistigen Landesverteidigung. Fachlich spezialisierte Einrichtungen decken im Auftrag des Bildungsministeriums verschiedene Aspekte der Geistigen Landesverteidigung ab. Die Vermittlung von Grundbegriffen der Geistigen Landesverteidigung ist Voraussetzung zur Erschließung komplexerer Inhalte. Das Bildungsministerium kooperiert mit dem Verteidigungsministerium, um dem Schulsystem wertvolle Expertise zugänglich zu machen. Eine Studie beschäftigt sich mit der Umsetzung der Geistigen Landesverteidigung in der schulischen Praxis.

/ In Österreich wurden 2022 mit über 120.000 Aufgriffen irregulär aufhaltiger Personen ein neuer Höchststand verzeichnet. Organisierte Schleppnetzwerke profitieren enorm von der Migration, wobei Migrantinnen und Migranten häufig lebensbedrohende Risiken auf sich nehmen müssen. Trotz intensiver Zusammenarbeit zwischen EU-Staaten und nordafrikanischen

Ländern bleibt die Bekämpfung der Schlepperei eine große Herausforderung. Länder wie Italien und Tunesien stehen unter wachsendem Druck, die Migration zu kontrollieren, während die Situation politisch und humanitär eskaliert.

/ Österreich ist Drehschreibe und Rückzugsort für fremde Nachrichtendienste. Durch offensive und wirksame Maßnahmen in Nachbarstaaten kommt es zu einer Verlagerung der Aktivitäten von fremden Nachrichtendiensten nach Österreich. Die derzeit eingeschränkten gesetzlichen Befugnisse zur Spionageabwehr haben potenziell langfristige und gravierende Folgen, etwa die Destabilisierung politischer und demokratischer Systeme. Mangels adäquater Gegenmaßnahmen ist auch im Jahr 2025 mit einer hohen Aktivität fremder Nachrichtendienste in und aus Österreich zu rechnen.

/ Die Arbeitsteilung, dass sich die EU auf Sicherheitsfragen konzentriert, während sich die NATO um die gemeinsame militärische Verteidigung kümmert, wird sich in den kommenden Jahren weiter verfestigen. Für Europa bleibt die NATO die bestimmende militärische Organisation, durch die Fragen der Streitkräfteentwicklung, der Einsatzplanung, aber auch der Interoperabilität geregelt werden. Für die Weiterentwicklung des Österreichischen Bundesheeres ist die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit in das Zentrum der Anstrengungen zu stellen. Durch Erhöhung der Kampfkraft, der Führungs- und Reaktionsfähigkeit sowie des Durchhaltevermögens wird die Fähigkeit des Bundesheeres zur Abwehr militärischer Angriffe auf Österreich wiederhergestellt.

Konflikte mit Auswirkungen auf Österreich

Die zunehmende Instabilität in Regionen wie dem Westbalkan, Osteuropa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika hat in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft und Migration direkte Auswirkungen auf Österreich. Ethnische Spannungen und ungelöste Konflikte am Westbalkan bedrohen die regionale Sicherheit und könnten Migrations-

ströme auslösen sowie die wirtschaftliche Vernetzung Österreichs beeinträchtigen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Spannungen zwischen Russland und dem Westen stellen eine ernsthafte Herausforderung für die europäische Sicherheit dar. Konflikte im Nahen und Mittleren Osten verstärken die Bedrohung durch Terrorismus, Fluchtbewegungen und die Unsicherheit von Versorgungswegen. Die Instabilität in der Sahelzone und anderen afrikanischen Regionen fördert unkontrollierte Migrationsbewegungen und die Ausbreitung extremistischer Ideologien. Eine aktive Beteiligung an internationalen Stabilisierungseinsätzen und eine Stärkung des Bundesheeres sind essenziell, um Österreichs Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten.

Österreich im Einsatz

Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 führte zu einer Zäsur für das Österreichische Bundesheer. Mit dem neuen Streitkräfteprofil „Unser Heer“ wurde die Basis für die Ausrichtung der Streitkräfte auf die militärische Landesverteidigung und eine klare Fokussierung der Auslandseinsätze geschaffen. Der Aufbauplan ÖBH 2032+ soll die Verteidigungsfähigkeit Österreichs bis 2032 sicherstellen. Schwerpunkte der Auslandseinsätze des Bundesheeres liegen auf dem Westbalkan und im Nahen Osten. Die Teilnahme an internationalen Missionen wie EUFOR, KFOR und UNIFIL wird durch Beiträge etwa zu den EU-Battlegroups ergänzt. Geopolitische Spannungen, Klimawandel und ein schwacher Wehrwille erfordern eine strategische Weiterentwicklung und eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge, um Österreichs Verteidigungsfähigkeit langfristig zu gewährleisten.

Künstliche Intelligenz und Autonomie im Militär

Künstliche Intelligenz ist ein bedeutender Faktor in der technologischen Transformation moderner Streitkräfte. Autonome Waffensysteme entwickeln sich angesichts des modernen Gefechtsfelds in der Ukraine rasant voran.

Die Entwicklungen im Bereich künstlicher Intelligenz und Autonomie werfen komplexe ethische Fragen auf. Die EU-Mitgliedstaaten sind bestrebt, in diesem bedeutenden Technologiebereich aufzuholen und sich Fragen der Normierung und Regulierung zu stellen.

Aktuelle Cyberbedrohungen und österreichische Gegenmaßnahmen

Akteure wie Staaten, Hacktivist*innen und Cyberkriminelle agieren zunehmend vernetzt, wobei neue Technologien wie KI und Quantencomputer Cyberangriffe präziser und gefährlicher machen. Österreich setzt auf einen umfassenden Ansatz zur Cybersicherheit. Dazu gehören internationale Vernetzung, die Sicherung kritischer Infrastruktur und gesellschaftliche Sensibilisierung, um Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und abzuwehren. Zu den Gegenmaßnahmen in Österreich gehören die Vernetzung zwischen Staat, Forschung, Wirtschaft und internationalen Partnern zur Früherkennung und Abwehr von Bedrohungen. Weiters wird durch den Einsatz moderner Technologien und der Förderung von Expertise durch Bildung und Forschung Infrastruktursicherung betrieben. Durch Förderung von Cyberhygiene und Steigerung der Resilienz auf individueller und gesellschaftlicher Ebene soll ein Bewusstsein für die genannten Risiken und Bedrohungen geschaffen werden.

Verteidigungsforschung im Spannungsfeld von Innovation und Sicherheit

Forschungssicherheitsvorsorge wird entscheidend für die Zukunft der Wissenschaft und die Sicherheit Europas sein. Die geopolitischen Spannungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass die EU eine proaktive Sicherheitspolitik und Verteidigungsforschung benötigt. Die österreichische Verteidigungsforschungsstrategie 2032+ will zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen im Bereich Verteidigungsforschungssicherheit beitragen. Die Balance zwischen Fortschritt und Sicherheit erfordert ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein von Forschern und Institutionen. (red.der.offizier) ✕

Das Militärkommando Salzburg

von Brigadier Mag. Peter Schinnerl



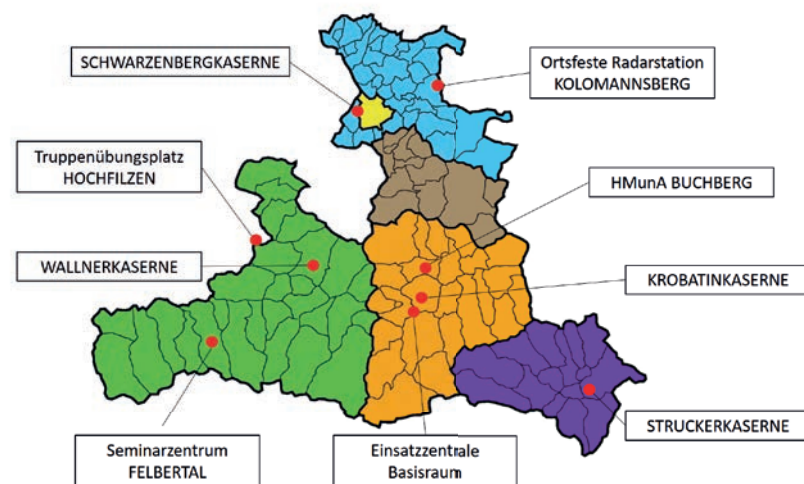
Das Militärkommando Salzburg ist seit nunmehr 61 Jahren die Konstante in der militärischen Führungsstruktur im Bundesland Salzburg und ist erster Ansprechpartner für die Behörden und Einsatzorganisationen im Bundesland Salzburg. Sie ist als Militärbehörde Serviceleister für alle Stellungspflichtigen und für alle Truppen und Dienststellen im Bundesland Serviceprovider in den Kasernen und Liegenschaften. Das Militärkommando führt im Einsatz die zugeordneten Truppen im Bundesland.

/ Die neun Militärkommanden haben im Wesentlichen alle diesen gleichen Grundauftrag, trotzdem lohnt es sich, die Besonderheiten im Bundesland Salzburg zu betrachten.

Das Land Salzburg

Das Land Salzburg hat eine Fläche von etwa 7.700 Quadratkilometern. Es hat rund 560.000 Einwohner (Stand 2023). Die Landeshauptstadt Salzburg zählt etwa 155.000 Einwohner und ist damit die viertgrößte Stadt Österreichs. Salzburg grenzt an Deutschland und die österreichischen Bundesländer Oberösterreich, Steiermark und Tirol. Die Region ist ein bedeutendes touristisches Ziel, vor allem für den Wintersport, für Wanderungen und kulturelle Veranstaltungen, und zieht jährlich Millionen von Besuchern an.

/ Das Land Salzburg hat eine reiche Geschichte, die bis in die Römerzeit zurückreicht, als die Region Teil der Provinz Noricum war. Im Mittelalter entwickelte sich Salzburg als wichtiger religiöser und kultureller Mittelpunkt. Im Jahr 696 wurde es von der Kirche als Erzbistum gegründet und erlangte als Erzbistum Salzburg große Bedeutung. Die Erzbischöfe von Salzburg, die das Gebiet bis ins 19. Jahrhundert regierten, hatten nicht nur religiöse Macht, sondern auch weltliche Herrschaft über große Teile des heutigen Salzburger Landes. Im Jahr 1805, nach den Napoleonischen Kriegen, wurde das Gebiet nach dem Frieden von Pressburg von Österreich an Bayern abgetreten, kehrte aber 1816 nach den Wiener Kongressverhandlungen endgültig zu Österreich zurück. Mit der Gründung der Ersten Republik Österreich nach dem Ersten Weltkrieg und der späteren Aufteilung des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Salzburg ein eigenständiges Bundesland.



Der Befehlsbereich 8

In der internen Bezeichnung wird der Militärkommandobereich Salzburg als Befehlsbereich 8 geführt. Die wesentlichen Standorte sind:

/ Die Schwarzenbergkaserne in Wals-Siezenheim, in unmittelbarer Nähe zur Stadt Salzburg an Autobahn, Eisenbahn und Flughafen bestens gelegen, ist die größte Kaserne im Bundesland und auch der wesentlichste Logistik-Hub für den Westen Österreichs. Hier sind neben dem Militärkommando Salzburg folgende Kommandos disloziert: Kommando Luftstreitkräfte/Dion 2, die Personalabteilung der Dion 1, Teile der Dion 4 Logistik und Dion 6 Führungsunterstützung. Die Kaserne beherbergt folgende Truppenteile:

- das Kommando Luftraumüberwachung mit dem Radarbataillon und dem Technisch-Logistischen Zentrum
- das Pionierbataillon 2
- das Jägerbataillon 8
- das Heereslogistikzentrum Salzburg
- eine Militärpolizeikompanie und
- die Sanitätslehrkompanie des Sanitätszentrums West.

Die Kroatinkaserne in St. Johann im Pongau beherbergt das Führungsunterstützungsbataillon 2. Im Pongau ist die Einsatzzentrale Basisraum und die Heeresmunitionsanstalt Buchberg disloziert. Die Wallnerkaserne in Saalfelden mit dem Gebirgskampfbereich. Die Stuckerkaserne in Tamsweg mit einer Kompanie des Jägerbataillon 8. Der Truppenübungsplatz Hochfilzen und das Seminarzentrum Felbertal.

Das Militärkommando Salzburg – Gliederung

Dem Militärkommando unmittelbar unterstellt sind die Stabskompanie des Militärkommandos mit dem Bau- und Katastropheneinsatz-Pionierzug und der Militärmusik, der Dienstbetrieb zur Sicherstellung des Betriebes der Liegenschaften Innergebirg, der Dienstbetrieb 2 zur Sicherstellung des Betriebes der Schwarzenbergkaserne, der Truppenübungsplatz Hochfilzen, das Jägerbataillon Salzburg (Miliz), die Pionierkompanie Salzburg (Miliz), die Wach- und Sicherungskompanie Salzburg (Miliz) und die Jägerkompanie Pongau (Miliz).

Der Stab des Militärkommandos besteht aus den Stabsabteilungen 1, 2, 3, 4, ÖA, 6 und 8 sowie der Ergänzungsabteilung.

/ Die Milizverbände und Einheiten sowie die im Stab einzugliedernden Milizsoldaten sind integraler Bestandteil der Arbeit im Militärkommando. Es ist ganz klar festzustellen, dass ohne

den Milizanteil die Führungsaufgaben im Einsatz, insbesondere eine entsprechende Durchhaltefähigkeit, nicht erfüllt werden können. Das Hauptaugenmerk in der Einsatzvorbereitung des Stabes liegt daher in der persönlichen Einsatzbereitschaft und der Führungsfähigkeit im Team.

Die Aufgaben

Führung im Einsatz und in der Krise

Wesentlichste Aufgabe des Militärkommandos Salzburg ist die Sicherstellung der Führung aller Assistenzeinsätze und Unterstützungsleistungen im Bundesland sowie die Führung einzelner Kampfgruppen im Falle der militärischen Landesverteidigung und hier auch das unmittelbare Zusammenwirken mit den im Raum eingesetzten Brigaden. Herausfordernd ist hierbei die entsprechende Einsatzvorbereitung des Stabes und der Truppe, nachdem ob der viel zu geringen Übungstätigkeit des Bundesheeres im Allgemeinen und von Volltruppenübungen im Bundesland Salzburg im Speziellen diese Führungsfähigkeit nur sehr eingeschränkt abgerufen wird. Hier ist in Stabsrahmenübungen und am Führungssimulator die Fähigkeit zu erhalten und zu festigen. Wesentlich ist dabei insbesondere die konkrete Einsatzvorbereitung, die spezielle Aufbereitung des Raumes.



Die Traumkulisse der Salzburger Berge bietet hervorragendes Gelände für Übungen.



Am Truppenübungsplatz sind die Tragtiere des Bundesheeres beheimatet. Sie sind auch in der noch so hochtechnisierten Welt wertvolle Transportmittel.

Zentraler Ansprechpartner für Behörden und Einsatzorganisationen

Eine der wichtigsten Aufgaben des Militärkommandos Salzburg ist es, als Verbindungsglied zwischen den zivilen Behörden, Blaulichtorganisationen bzw. der Salzburger Bevölkerung und dem Österreichischen Bundesheer zu agieren. Die Beratung und Unterstützung von Land, Bezirken und Gemeinden in Sicherheitsfragen gehört genauso zum Aufgabenportfolio des Militärkommandos Salzburg wie die Hilfe der Bevölkerung bei Naturkatastrophen, der Schutz kritischer Infrastruktur und die Assistenz für Behörden. Der Aufbau und die Pflege guter Beziehungen auf allen Ebenen sowie eine offene Kommunikation und partnerschaftliche Kooperation können dabei als Schlüssel für erfolgreiche, künftige Einsatzführungen gesehen werden. Gleichzeitig wird auch Verständnis für militärische Belange auf oberster Landesebene erzeugt und mit anderen (Einsatz-)Organisationen Synergiepotential erarbeitet und genützt. Neben der Bevölkerung soll die Truppe in Salzburg Hauptprofiteur sein, da dadurch die Übungstätigkeit durch Behörden nicht eingeschränkt und durch externe Ressourcen begünstigt wird.

Militärbehörde und Ansprechpartner für die Stellungspflichtigen

Die Ergänzungsabteilung ist als Militärbehörde verantwortlich für den direkten Kontakt mit den Stellungspflichtigen, um deren Bedürfnisse bestmöglich mit den militärischen Erfordernissen zur Befüllung der Einsatzorganisation in Einklang zu bringen. Hier ist uns besonders wichtig, die Fähigkeiten der Wehrpflichtigen zu erkennen und entsprechend einzusetzen. Das klingt in der Theorie viel leichter, als das in der Praxis umzusetzen ist. Des Weiteren zwingen sinkende Zahlen bei den Stellungspflichtigen hier insgesamt zu sehr intensiven Bearbeitungen und Herangehensweisen. Für die Zukunft wird auch wieder die verstärkte Bearbeitung der

Milizagenden und die Bearbeitung des derzeit im Dornröschenschlaf befindlichen Militärleistungsrechts herausfordernde Aufgabe sein.

Serviceleister für die Truppe im Raum

Als primäre Aufgabe sehen wir als Militärkommando gemeinsam mit den unmittelbar unterstellten Einheiten die Servicierung der Truppe im Raum in allen Logistikfeldern und den Bereichen Infrastruktur, Truppenbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit und Weiteres. Das betrifft die permanent dislozierte Truppe gleichermaßen wie temporär hier ihren Auftrag erfüllende und in Ausbildung befindliche Teile des Bundesheeres sowie auch ausländischer Streitkräfte im Rahmen des Host Nation Support.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Militärkommando Salzburg ist die Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiges Mittel, um die Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Hier werden natürlich einerseits die Vorgaben der Kommunikation des BMLV umgesetzt und insbesondere im Sinne der Personalwerbung ganz spezifisch für die Verbände im Raum entsprechende Veranstaltungen und Kampagnen durchgeführt. Ein wichtiges „Tool“ für die Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit und die Verbreitung eines positiven Images des Bundesheeres in der Bevölkerung ist die Militärmusik Salzburg, die im Bundesland, aber auch weit darüber hinaus



In den vielfältigen Friedenseinsätzen ist auf das MilKdo S immer Verlass

einen besonders guten Ruf hat und (blas)musikalisch ein wichtiger und unverzichtbarer Stakeholder ist.

Die Rolle des Militärkommandanten als Repräsentant des Bundesheeres im Bundesland

Bezeichnet sich die Offiziersgesellschaft als „sicherheitspolitisches Gewissen“, könnte man die Rolle des Militärkommandanten auch als jene des „sicherheitspolitischen Erklärers“ sehen. Viel weiter als die Aufgaben des Militärkommandos zu sehen, ist die Rolle des Militärkommandanten als Repräsentant des Bundesheeres im Bundesland aufzutreten. Und hier gilt es nicht nur, die im Bundesland stationierten Verbände und Elemente zu repräsentieren, sondern das Bundesheer im Ganzen und hier im Sinne der Kommunikation nach außen bei allen sich ergebenden Möglichkeiten die Ressortmeinung zu vertreten, zu argumentieren und zu erklären. Das ist in vielfältiger Art und Weise erforderlich und bedingt ein umfassendes Netzwerk in allen Gesellschafts- und Politikbereichen, das gepflegt werden muss und dann im Einsatz und in Krisensituationen unverzichtbare Dienst leisten kann.

Die Partner

Das Militärkommando Salzburg pflegt seit 1981 eine Partnerschaft mit dem Land Salzburg und seit 1992 eine Partnerschaft mit dem Raiffeisenverband Salzburg.

/ Als ehemals wehrpolitisch relevante Vereine sind folgende Vereine für die Aufgabenerfüllung vor allem im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wichtige Partner des Militärkommando Salzburg: die Bundesvereinigung der Milizverbände mit dem Milizverlag und der militärhistorischen Zeitschrift „Der Pallasch“, die Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Salzburg, der Salzburger Kameradschaftsbund und die Vereine, welche die Tradition der Traditionstruppenkörper des Militärkommando Salzburg fortführen, nämlich der Rainerbund und die Rainerkameradschaft, die k. k. freiwilligen Schützen Salzburg, der Artilleristenbund Salzburg und die Kaiserschützen Salzburg.

Die Herausforderungen

Waren in der Vergangenheit permanente Budgetsorgen und Geldnot die schier unlösbare Herausforderung für die Auftragserfüllung, erscheint aktuell die größte Herausforderung die Personalsituation zu sein. Besonders in der Erbringung der notwendigen Serviceleistungen im Betrieb sind aufgrund der sinkenden Zahlen an Wehrpflichtigen und dadurch fehlenden „Funk-



Im Musikland Salzburg hat die Militärmusik einen besonderen Stellenwert.

tionssoldaten“ kreative Lösungen gefragt. Die Anstellung von genügend, im Bundesdienst leider oft unter Kollektiv bezahlten Mitarbeitern in handwerklicher Funktion ist gerade in Salzburg mit im Bundesschnitt sehr hohem Lohnniveau und eigentlich „Vollbeschäftigung“ eine riesige Aufgabe. Durch Aufnahme von Leiharbeitern können zumindest die größten Fehlstellen abgedeckt werden, um hier nicht Einschränkungen in Kauf nehmen zu müssen.

Die Zukunft

In allen aktuellen Planungen und dem in Umsetzung befindlichen Zielbild 2032+, also der strukturellen Umsetzung des Aufbauplanes 2032, bleibt das Militärkommando unverzichtbarer Teil der Führungsstruktur des Bundesheeres – also die wie eingangs erwähnte Konstante. Hier ist auch die Führungsrolle im Einsatz klar festgelegt, wobei besonders die Zeitspanne der Mobilmachung und Einsatzvorbereitung der mobilgemachten Verbände in Verantwortung der Brigaden und die Gleichzeitigkeit der Einsatzführung der präsenten Kräfte durch das Militärkommando entsprechend zu berücksichtigen ist.

/ Die Umsetzung des Aufbauplanes erfordert insbesondere hinsichtlich der infrastrukturellen Umsetzung gewaltige Anstrengungen für das Militärkommando in seiner im Raum koordinierenden Rolle.

/ Weiters wird die Wiederbelebung und Neuorganisation der gesamten Milizstrukturen eine Herkulesaufgabe sein. Dabei ist vorgesehen, dass das Militärkommando Salzburg das Jägerbataillon Salzburg an die Luftstreitkräfte abgeben wird. Das ist zwar für das Jägerbataillon Salzburg hinsichtlich der Aufgabenstellungen im Detail eine Änderung, nicht jedoch im Grundauftrag als Jägerbataillon. Jedenfalls wird nicht von der grundsätzlichen Idee der Ergänzung aus dem Raum im Raum und der Benennung als Jägerbataillon Salzburg abgegangen. ➤

Anzumerken ist, dass hier mit einer jahrzehntelangen Tradition gebrochen und die vor allem in der Phase der Raumverteidigung dem Militärkommando zugeordnete Schlüsselrolle in der Formierung und Führung der mobilgemachten Teile aufgegeben wird. War in der Vergangenheit im Befehlsbereich 8 die 8. Jägerbrigade und nach entsprechenden Reduzierungen des Mobilmachungsrahmens das übriggebliebene Jägerbataillon Salzburg durch das Militärkommando Salzburg aufzubringen, einsatzbereit zu machen und zu führen, obliegt diese Kernaufgabe in Zukunft den Brigaden des Bundesheeres.

/ Das Militärkommando Salzburg ist jedenfalls auch für die zukünftigen Aufgaben aufgestellt und im Sinne einer Weiterentwicklung des Bundesheeres zur notwendigen Verteidigungsfähigkeit bereit. Alle Kraft und Ressourcen sind jedenfalls in Zukunft diesem Ziel – raschest möglich wieder verteidigungsfähig zu werden und damit auch in allen untergeordneten Einsatzfeldern bestmöglich eingesetzt werden zu können – auszurichten. ✕



ZUM AUTOR

Bgdr Mag. Peter Schinnerl

- Geboren 1971 in Adnet, Salzburg, verheiratet und drei Kinder
- Theresianische Militärakademie Jahrgang Kaiser Maximilian I., Ausmusterung 1995, Waffengattung Pionier
- Landesverteidigungsakademie 17. Generalstabslehrgang Abschluss 2006
- Verwendung als ChdStb bei der 6. JgBrig (2006–2008) sowie seit 2008 in den Luftstreitkräften Referatsleiter Planung und acht Jahre als Abteilungsleiter Einsatzführung
- Auslandseinsatz als NCC im Kosovo 2019
- Mitarbeiter im Kabinett der FBM 2021
- Leiter des Covid-Managements im Land Salzburg 2022
- Seit 2023 Militärkommandant von Salzburg

Leserbrief zum Nachdenken

Die Uniform kennzeichnet den Soldaten als Verteidiger von Volk und Vaterland“, so hieß es einmal in einer militärischen Vorschrift. Zumindest bis zum vollendeten 65. Lebensjahr, dann hat der Mohr seine Schuldigkeit getan.

/ Ein Kommandant eines HLogZ, fest eingebettet in OG, ÖKB, 13er-Kameradschaft, ein Vizeleutnant, der jahrzehntelang als Bezirksobmann des ÖSK höchst erfolgreich die Sammlungen organisierte und zusammen mit einem Obst. a. D. schon sechs vielbeachtete Bücher über Einsätze und Garnisonsgeschichte erstellt hat, und der Leiter einer OG-Zweigstelle erreichen das magische 65. Lebensjahr. „Fit wie ein Turnschuh“ suchen sie – legibus obsequimur – um die Erlaubnis an, auch weiterhin bei bestimmten Anlässen, die im Erlass beschrieben sind, ihre Uniform tragen zu dürfen.

/ Das wird „mangels dienstlicher Notwendigkeit“ umgehend abgelehnt.

/ Nun wohnen sie im Bereich der am Land gelegenen, von einem ehemaligen BKdt als „galizische Garnison Ried“ bezeichneten Garnison. Hier hat man

sich jahrelang erfolgreich bemüht, in die Bevölkerung integriert zu werden. Man folgte den vielen Einladungen von Gemeinden, Blaulichtorganisationen, Soldaten- und Kameradschaftsvereinen der umliegenden Bezirke. Die Kommandanten waren dankbar dafür, dass sich auch pensionierte Uniformträger daran beteiligten, zumal dies ja mit Wiedererstarben der ULV gewünscht zu sein schien.

/ Da die Soldaten der Garnison immer häufiger durch Abwesenheit Einladungen nicht mehr befolgen konnten, kamen diese auch spärlicher und natürlich konnte man dann auch keine Gegenbesuche mehr erwarten. Zusammen mit der Tatsache, dass ehemalige Offiziere und Unteroffiziere auch keine Lust verspürten, in Zivil zu erscheinen, führte der „schleppende Kartenverkauf“ zur Absage eines Garnisonsballes, der noch vor wenigen Jahren bis zu 5.000 Gäste verzeichnen konnte.

/ Wenn man dann in den sozialen Medien Fotos von ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren bei Veranstaltungen in Wien, Salzburg, dem Burgen-

land u. a. sieht, dann drängt sich der Gedanke auf, dass es hier einer Vereinheitlichung bedürfe.

/ Interessant ist auch, dass jemand, der von früheren Jahren her glücklich eine Uniformtrageerlaubnis besitzt und auf die Idee kommt, im „innerösterreichischen Ausland“ eine Veranstaltung seiner ehemaligen Dienststelle im Burgenland, einen Ball in Salzburg oder gar den Offiziersball in Wien in Uniform besuchen zu wollen, um eine zusätzliche Genehmigung ansuchen muss, um außerhalb des eigenen Bundeslandes die Uniform tragen zu dürfen. Dies versuchte ein Oberst i. R. und bekam prompt eine Ablehnung. Dafür gibt es ja nun wirklich keine „dienstliche Notwendigkeit“ ...

/ Wenn nun jemand aus einer „fremden Armee“ – Wien, Burgenland Salzburg etc. – meint, in seinem Bundesland gäbe es das nicht, so bleibt uns nur der Spruch aus der weiland Kabarettsendung „Guglhupf“, als man Harun al Raschid antwortete: „Ja, bei Euch, edler Fremder, aber bei uns in Bagdad ...“ (Gerold Falch, Obst. a. D. Ehrenpräsident der 13er-Kameradschaft) ✕

Einige Monaten Präsident Donald Trump und was bedeutet dies für Europa

Eigentlich wollte ich hier das für das Bundesheer relevante Kapitel des Koalitionsabkommens einer neuen Bundesregierung mit einem kurzen ersten Kommentar abdrucken lassen, aber die Ereignisse bis zum Redaktionsschluss Ende Februar belehrten mich eines Besseren. Ich nutze nun den freien Platz für meinen Eindruck über die aktuelle sicherheitspolitische Weltlage einige Monate nach der Wahl in den USA, welche wahrlich keine leicht verdauliche Kost ist: Denn der Chefkoch, der uns aktuell eine sehr kräftige Suppe einbrockt, ist niemand Geringerer als Donald Trump. Auf den ersten Blick ähnelt sein Handeln eher einem herumwütenden Elefanten im Porzellanladen als einem Diplomaten an der Spitze der Weltmacht Nummer eins. Allerdings steckt, wenn man die Person Trump und seinen Werdegang näher analysiert, hinter seinem Tun das Gehirn eines gerissenen Geschäftsmannes, der 200 % fordert, sich nach großem Feilschen scheinbar mit 100 % zufriedengeben muss und damit aber immer noch als Sieger vom Platz gehen kann. Die jüngsten Ereignisse im Ukrainekrieg bestätigen dies.

/ Für uns Europäer darf die wirtschaftspolitische Ausrichtung der USA mit einer neuen Zollpolitik nicht egal sein, denn die USA sind ein bedeutender Handelspartner Europas. Auch nicht egal sein können Europa die Vorkommnisse in der Arktis mit dem Säbelrasseln um Grönland, denn auch Europa hat einen Anteil an dieser Weltregion. Und von großer Tragweite wird wohl auch die Vorstellung Trumps sein, wie es mit der NATO weitergehen soll und welche Rolle die USA bei einer möglichen Beendigung des Krieges in der Ukraine spielen möchte.

/ Die Welt von heute ist eine globalisierte Welt mit weitgehend freiem Handel ohne größere Schranken. Rein wirtschaftstheoretisch betrachtet bietet dies eine hohe Wohlfahrt für breite Schichten der Bevölkerung. Die Zoll-

politik der USA wird daher von kurzer Dauer sein und wird die vier Jahre Präsidentschaft Trump wohl kaum überleben. Kurzfristige Schäden wird sie auf jeden Fall anrichten, auch in den USA selbst.

/ Das Thema Grönland ist eigentlich Säbelrasseln pur, denn wie damals mit Hawaii wird dies mit Grönland nicht so leicht gehen, da Grönland auf starke Schützenhilfe aus der Europäischen Union rechnen kann, denn immerhin ist Grönland ein politisch selbstverwalteter Bestandteil des Königreichs Dänemark. Mit lediglich 57.000 Einwohnern auf einer Fläche von 2,1 Mio. km² und einem Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner von 68.000 US-Dollar (2021) in Kaufkraftparitäten gehört Grönland rein statistisch gesehen zu den wohlhabendsten Staaten der Welt. Grönland wird bei einer Entscheidung der vollständigen Unabhängigkeit sehr wohl auch wirtschaftliche Fragen beurteilen. Aktuell ist es sicher bequemer, unter dem Schutzschirm Dänemark, einem kleinen nord-europäischen Staat, hinter dem aber die Europäische Union steht, die Zukunft zu organisieren. Grönland ist sicher, wenn der Klimawandel so fortschreitet wie bisher, ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten, allerdings mit erschwelter Zuwandermöglichkeit aus Ländern, welche unter Überbevölkerung leiden.

/ Die NATO ist ein funktionierendes Militärbündnis, welches unter anderem mit dem Zweck gegründet wurde, dass die USA einen Fuß in Europa haben und Europa in seinem sicherheitspolitischen Handeln kontrollieren können. Rein militärisch gesprochen, droht den USA in militärischer Hinsicht durch eine Überdehnung, hervorgerufen durch das Erfordernis eines größeren Engagements im indo-pazifischen Raum, bereits die Luft auszugehen und sie können und wollen nicht mehr so viel Aufwand in die transatlantische Partnerschaft NATO investieren. Der Ruf des Präsidenten nach mehr Aufgabenübernahme und vor allem Kos-

tenübernahme durch die europäischen Partner ist daher nur zu verständlich. Eine verstärkte Aufgabenübernahme bedeutet auch ein Vielfaches an Verteidigungsausgaben bereitzustellen, als dies die europäischen Partner bislang tun. Ob hier die europäischen Bündnispartner so rasch mitziehen werden, wie sich dies Trump vorstellt, bleibt dahingestellt. Oder kommt es wieder zu dem klassischen Trittbrettfahrersyndrom des Kalten Krieges, als nur jene Mitglieder, die sich wirklich bedroht fühlten, mehr für ihre Sicherheit aufgewendet haben? Eine Erhöhung der Verteidigungsbudget auf einen Richtwert von 3 % des Bruttoinlandsproduktes ist wahrscheinlich, mehr wäre Trump noch lieber. Ob ein Erstarken der NATO gleichzeitig ein weiteres Dahinwuscheln der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedeutet, bleibt abzuwarten. Wünschenswert wäre für das neutrale Österreich, dass die Europäische Union von sich aus auch mehr für ihre Sicherheit unternimmt. Österreich wird wohl bei der 3%-Hürde nicht mitspringen, sondern eher unter der Latte durchkriechen wollen.

/ Und nun zum letzten Thema, welches seit dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine für reichlich Diskussionsstoff sorgt. Präsident Trump möchte den Krieg in der Ukraine rasch beenden und gedenkt, dies gemeinsam mit Präsident Putin bewerkstelligen zu wollen. Des Weiteren stellt er klar, dass sich die USA eine Unterstützung der Ukraine wie bisher nicht mehr leisten wollen und die Europäer dies übernehmen sollen, wenn sie einen Vorteil Russlands in der Ukraine, etwa durch ständige Gebietsgewinne, nicht wollen. Allerdings ist Präsident Trump nicht ganz konsequent und es spricht der Geschäftsmann in ihm, wenn er der Ukraine ein interessantes Angebot legt, indem er einen Vertrag vorschlägt, in dem sich die USA verpflichtet, die Ukraine weiterhin zu unterstützen, die Ukraine im Gegenzug den USA ▶

allerdings seltene Erden liefern muss. Wo diese auf dem Territorium der Ukraine liegen, weiß sicher Russland, da zur Zeit der Sowjetunion dies genau katalogisiert wurde. Wie der bisherige Kriegsverlauf gezeigt hat, ist Russland durchaus in der Lage, weiterhin aus der Friedensorganisation den Krieg weiterzuführen. Ob das Gros der europäischen Bürger weiterhin eine Unterstützung der Ukraine befürwortet, bleibt allerdings angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage Europas dahingestellt. Reduziert Europa seine Hilfe für die Ukraine, gehen rein bildlich gesprochen in der Ukraine die Lichter aus und Russland kann sich leichter eine angemessene Kriegsbeute sichern, etwa die Besetzung weiterer Teile der Ukraine, einschließlich des Abschneidens vom Meereszugang, was für die Wirtschaft einer Restukraine fatale Folgen haben wird, da die Restukraine ihre Exporte über dem Landweg durchführen müsste. Das Gewähren von Transportrouten könnte wiederum für die Restukraine nur zu einem hohen Preis erfolgen, etwa das bedingungslose Gestatten des Durchleitens von russischem Gas durch die Restukraine nach Westeuropa. Gelingt Trump das Husarenstück, dass dieser Krieg rasch aufhört, wird wohl die USA auch beim Wiederaufbau der Ukraine kräftig mitverdienen. Eines wird aber die Initiative von Trump nicht mehr bewegen können, einen Gesin-

nungswandel in Moskau zu Gunsten der USA und eine Abkehr Russlands von der Volksrepublik China. Ein anderes Problem, was noch zu klären sein wird, ist die Wiederaufbauhilfe für die Ukraine. Die Weltbank schätzt, dass die direkten Schäden in der Ukraine inzwischen mehr als 170 Mrd. Euro erreicht haben. Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf mindestens 506 Mrd. Euro über die kommenden zehn Jahre geschätzt. Der europäische Steuerzahler wird sicher nicht glücklich sein, wenn sein Geld in die Ukraine fließt, er aber immer schlechter werdende öffentliche Leistungen (innere Sicherheit, Gesundheit etc.) und geringer werdende Pensionen dafür erhält.

/ Im Falle eines raschen Endes des Krieges in der Ukraine werden auch die Beziehungen zwischen Europa und Russland neu zu definieren sein. Russland ist und wird ein mächtiger Nachbar bleiben, mit dem man zu einer vernünftigen Gesprächsbasis kommen muss. Geklärt werden muss auch, ob Russland die militärische Bedrohung ist, als welche es immer wieder hingestellt wird. Kommt man zum Schluss, dass von Russland keine akute Gefahr eines militärischen konventionellen Angriffs ausgeht, wird man wohl auch das Risikobild umschreiben müssen. Sollte von Russland nicht dieses Gefahrenpotential ausgehen, dann kann es auch zu einem Umdenken in Bezug auf

die Aufrüstung Europas kommen und die Bestellungen von Rüstungsgütern nicht mehr weiter priorisiert werden. Darunter leiden würde sicher die europäische und US-amerikanische Rüstungsindustrie, welche möglicherweise an der geschickt ausgedachten aktuellen Hysterie eines möglichen militärischen Angriffes von Russland auf Europa nicht ganz unbeteiligt sein könnte. In Einem hat nämlich der ehemalige Präsident der USA Eisenhower recht gehabt, er hat den militär-industriellen Komplex in den USA verdammt, da diese Lobby-Struktur zu einem zu großen Einfluss gelangt ist und die Kassen der Rüstungsunternehmen prall gefüllt hat. Die USA mögen zwar Weltmacht Nummer 1 sein und über eine exzellente Rüstungsindustrie verfügen, aber im Gesundheits- und Sozialbereich sind sie für die breite Masse höchstens Mittelmaß.

/ Während der vier Jahre Präsidentschaft Trump wird durch ihn noch viel Staub aufgewirbelt werden, aber nach vier Jahren zieht eine neue Administration in das Weiße Haus ein und kann vieles wieder umändern. Nach diesen vier Jahren ist höchst wahrscheinlich Putin weiterhin Präsident von Russland und Xi Jinping von der Volksrepublik China. Irgendwie werden sich die beiden Letztgenannten insgeheim denken: „Lass ihn in Washington kraakeelen, wenn er weg ist, bin ich immer noch da!“ (HaPoe) ✕

Kurzmeldung zur Veröffentlichung des neuen Korruptionswahrnehmungsindex 2024

Transparency International hat Mitte Februar 2025 den Korruptionswahrnehmungsindex 2024 (Corruption Perceptions Index, CPI) veröffentlicht. Der jährlich erscheinende Index ist der weltweit bekannteste Korruptionsindikator. Er umfasst 180 Staaten und Gebiete und bewertet den Grad der in Politik und Verwaltung wahrgenommenen Korruption. Der Meta-Index beruht auf der Einschätzung von Experten und Expertinnen sowie Führungskräften. Auf einer Skala von 0 (hohes Maß an wahrgenommener Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption) erreicht Dänemark von allen Ländern mit 90 Punkten den

höchsten Score und beansprucht damit zum siebten Mal in Folge den weltweiten Spitzenplatz für sich. Danach folgen Finnland (88 Punkte), Singapur (84), Neuseeland (83) und Luxemburg, Norwegen sowie die Schweiz (81). Die letzten Plätze des CPI-Rankings belegen weiterhin Syrien (12 Punkte), Venezuela (10), Somalia (9) und Südsudan (8). Insgesamt erreichen über 120 der Länder, die vom CPI erfasst werden – also mehr als zwei Drittel – weniger als 50 von 100 Punkten. Mehr als ein Viertel der Länder (47 von 180) sackt auf die bislang für sie jeweils niedrigste Punktzahl auf dem Index ab. Österreich (67 Punkte) gehört zu dieser Gruppe ebenso wie Belgien (69),

Frankreich (67) und Deutschland, das mit 75 Zählern punktgleich mit Kanada den 15. Rang im CPI belegt. Westliche bedeutende Handelsmächte liegen auf Platz 20 (Japan, Großbritannien), Platz 28 (USA), Italien (52). Die Volksrepublik China auf Platz 76 und Indien auf Platz 96. Österreich liegt auf Platz 25 – im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten (Slowenien 36, Tschechien 46, Slowakei 59, Ungarn 82) – ausgenommen die Schweiz (5) recht gut. Die beiden kriegführenden Staaten liegen am hinteren Ende der Skala, werden also als ziemlich korrupt angesehen: Die Ukraine auf Platz 105 und Russland auf Platz 154. (HaPoe) ✕

Waren einige Offiziere des Bundesheeres mit dem „göttlichen Funken“ („der strategischen Weitsicht“ oder dem „Coup d'œil“) gesegnet? – Eine Bestandsaufnahme

Offiziere zu Friedenszeiten können nicht ihre gesamten Fähigkeiten – die fachlichen Fähigkeiten und das, was wir in Österreich immer mit dem „gewissen Etwas“, dem „göttlichen Funken“ zu umschreiben versuchen – ausspielen, und werden daher auch in der öffentlichen Wahrnehmung nicht als Helden angesehen. Dennoch, so glaube ich, kann man an ihrem positiven Wirken im Frieden, etwa durch ihre Beratung der Politik und letztendlich in der Durchsetzung von Konzepten, erkennen, ob sie mit dem göttlichen Funken ausgezeichnet sind. Ausschau soll in diesem Aufsatz nur nach jenen Offizieren des Ersten und Zweiten Bundesheeres gehalten werden, welche nicht mehr unter den Lebenden weilen. Bevor ich zu den ganz persönlichen Ergebnissen meiner Analyse komme, möchte ich noch etwas in die Geschichte blicken und einige dieser Feldherren namentlich erwähnen, welche mit dem göttliche Funken gesegnet waren. Studiert man Schlachten, so könnte man sich fragen, warum Eugen von Savoyen, Radetzky, Nelson, Suworow so erfolgreich in den von ihnen geführten Schlachten waren. Tatsächlich kann es einfach dadurch erklärt werden, dass es keinen wissenschaftlich fundierten Hintergrund dafür gibt, warum einige militärische Führer mit der Fähigkeit ausgestattet sind, strategisch vorherzusehen. Was man jedoch mit Sicherheit sagen kann, ist, dass eine gründliche Vorbereitung der militärischen Führung durch das Aneignen von Wissen und, wie es einst Zrínyi Miklós so trefflich ausdrückte, „Sors bona, nihil aliud (Viel Glück, sonst nichts)“ eine entscheidende Rolle im Einsatz spielen. Strategische Weitsicht ist ein göttliches Geschenk, das man nicht kaufen kann. Gleichzeitig werden diejenigen, die über diese Fähigkeit verfügen, nur dann wirksam sein, wenn sie darüber hinaus frühzeitig Führungsqualitäten entwickelt haben und ihr Leben lang lernen, besser zu werden. Denn wenn die militärische Geschicklichkeit nicht vervollkommenet wird, sieht der Führer die Dinge nur vage, durch den Nebel des Krieges. Das Schlachtfeld zu se-

hen, das Für und Wider von Anfang an zu erkennen, im richtigen Moment zu handeln (oder zu warten), kennzeichnen einen militärischen Führer, der die Fähigkeit besitzt, strategisch vorausschauend zu sehen. Das Konzept der strategischen Vorausschau findet sich auch in der modernen betriebswirtschaftlichen Managementlehre im unternehmerischen Umfeld wieder, es wird im Sinne von „Intuition“, „menschlicher Instinkt“ oder „Geschäftssinn“ verwendet. Heute kann man diese Fähigkeit bei Bill Gates, dem Gründer von Microsoft, Dietrich Mateschitz, dem verstorbenen Gründer von Red Bull, und anderen sehen. Auch in der Wirtschaft lässt sich diese Intuition weder mathematisch noch physikalisch messen. Talent im Wirtschaftsleben ist einfach vorhanden, ähnlich wie bei erfolgreichen militärischen Führern.

Das Bundesheer der Ersten Republik



Emil Sommer (1869–1947)
Sommer war ein k. u. k. Offizier, der in das Bundesheer übernommen wurde. Er wurde Kommandant des II. Bataillons des Infanterieregimentes 5. Als Oberst und Bataillonskommandant führte er bei der Landnahme des Burgenlandes das Gefecht von Kirchschlag. Es war das einzige Gefecht, welches das Bundesheer der Ersten und der Zweiten Republik in einem Einsatz zur Landesverteidigung zu bestehen hatte. Mit 1. Jänner 1923 trat Oberst Sommer in den Ruhestand und wurde 1924 ehrenhalber zum Generalmajor befördert.



© ARCHIV FAM. EIMANNSBERGER

Ludwig Alfred von Eimannsberger (1878–1945)

Eimannsberger war Artillerieoffizier in der k. u. k. Armee. Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie wurde er als Oberst in das Bundesheer übernommen und war als Lehrer an der Offiziersschule tätig. Im Jahr 1927 wurde er Sektionschef. Zuletzt war er bis zum 28. Februar 1930 Heeresinspektor des Bundesheeres und somit der ranghöchste Offizier Österreichs. Er ging 1930 in Ruhestand und war als Autor tätig. Hierbei galt seine ganze Aufmerksamkeit dem Kampfpanzer, welcher 1917 und 1918 den Kampf revolutioniert hatte. Sein Buch „Der Kampfwagenkrieg“ erschien 1934. Anleitungen bei ihm nahm etwa Generaloberst Heinz Guderian, der in seinem Buch „Achtung – Panzer!“ von 1937 ähnliche Theorien vorstellte, wobei er die Theorie erfolgreich in die Praxis umsetzen konnte. Umgesetzt werden konnte das Konzept im Bundesheer aus Geldmangel nicht, obwohl man Planungen zur Beschaffung von damals modernen leichten Kampfpanzern eingeleitet hatte.



© MILIZVERLAG

Alexander Löhr (1885–1947)

Löhr war ein Generalstabsoffizier der k. u. k. Armee und wurde 1920 in das neu gebildete Bundesheer übernommen. Trotz des Verbotes des militärischen Flugwesens in Österreich war Löhr weiterhin davon überzeugt, dass die Zukunft der Luftfahrt gehörte. Die Jahre 1927 bis 1929 markieren Löhrs völlig illegale Bemühungen zur schrittweisen Aufstellung einer neuen Fliegertruppe unter dem Deckmantel der Geheimhaltung. Dazu gehörte gleichfalls die Etablierung einer Pilotenausbildung. Löhr war im Zweiten Weltkrieg zuletzt Oberbefehlshaber der Heeresgruppe E am Balkan. Nach dem Krieg geriet er in jugoslawische Kriegsgefangenschaft und wurde wegen Kriegsverbrechen verurteilt. Das Urteil wurde am 26. Februar 1947 vollstreckt.



© BUNDESHEER

Alfred Jansa (1884–1963)

Jansa war Generalstabsoffizier der k. u. k. Armee und auf nahezu allen Kriegsschauplätzen tätig. Nach dem Krieg in das Bundesheer der Ersten Republik übernommen, durchlief er mehrere Funktionen. Als Militärattaché in Berlin war ihm die von Hitlerdeutschland ausgehende Gefahr voll bewusst. 1935 wurde mit der Leitung der Sektion III des Bundesministeriums für Landesverteidigung betraut und ab 1. April 1936 Chef des Generalstabes. Als seine Hauptaufgabe sah er den raschen Aufbau des Heeres an, um es vor allem gegenüber dem Deutschen Reich abwehrfähig zu machen. Am 16. Februar 1938 machte Jansa seinen Abschiedsbesuch bei Oberbefehlshaber Bundespräsident Miklas, der ihm mit Bedauern sagte, Schuschnigg wünsche keinen militärischen Widerstand gegen NS-Deutschland. Alfred Jansa war während der NS-Zeit starken Beeinträchtigungen ausgesetzt, überlebte aber. Am 15. Jänner 1947 war Jansa zu Gesprächen über das künftige österreichische Bundesheer mit Bundeskanzler Leopold Figl, Außenminister Karl Gruber und Staatssekretär Ferdinand Graf eingeladen. Diese ÖVP-Politiker erwarteten damals den baldigen Abschluss des Staatsvertrages mit den vier Besatzungsmächten und wollten Jansa an die Spitze des neuen Heeres berufen. Für einen Eintritt in das neue Bundesheer war er aber 1955 schon zu alt.

Das Bundesheer der Zweiten Republik

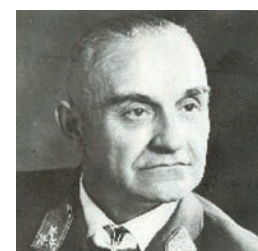
Obwohl das Bundesheer der Zweiten Republik 2025 sein 70-jähriges Bestandsjubiläum feiern kann und das Bundesheer der Ersten Republik nur 18 Jahre alt werden durfte, finden sich unter den Offizieren der Zweiten Republik nur wenige herausragende Gestalten, die es wert sind, hier erwähnt zu werden. Die Gründe sollte ich lieber unerwähnt lassen, jedoch kann ich mir nicht verkneifen, darauf hinzuweisen – was auch oft Gegenstand parlamentarischer Anfragen war –, dass die Besetzung von höchsten Funktionen neben der Formalqualifikation auch auf Grund des Vorliegens einer gewissen Nähe zum Ressortchef oder der Ressortchefin erfolgt. Es gelangen daher oft Visionäre nicht in eine Position, die es ihnen ermöglicht, Bahnbrechendes vorschlagen zu können, was auch tatsächlich Gehör findet und umgesetzt werden kann. Zwei Personen möchte ich aber trotzdem hier erwähnen. (HaPoe) ✗



© BUNDESHEER

Emil Spannocchi (1916–1992)

Spannocchi trat am 1. September 1934 in das Bundesheer der Ersten Republik ein. Er wurde 1938 in die Deutsche Wehrmacht übernommen und absolvierte 1943 die Generalstabsausbildung. Nach dem Krieg war Spannocchi zunächst in Mailand in der Privatwirtschaft tätig. Er wechselte aber trotz schlechterer Bezahlung 1954 zur B-Gendarmerie. Neben mehreren Funktionen in der Zentralstelle im nachgeordneten Bereich und bei der Truppe wurde er 1978 zum Leiter der Sektion III/Armeekommando bestellt. Bekannt wurde er durch die unter seiner Federführung als Armeekommandant erstellte „Spannocchi-Doktrin“, ein Raumverteidigungskonzept, nach dem das Bundesheer in den Jahren 1973 bis 1986 umorganisiert wurde. Es war eine Zeit, als man im Bundesheer eine extrem positive Aufbruchstimmung merkte, von der man heute nur träumen kann.



© BUNDESHEER

Dr. Emil Liebitzky (1892–1961)

Liebitzky war ein k. u. k. Offizier und wurde 1920 in das erste Bundesheer übernommen. 1927 wurde er Adjutant des Bundesministers Carl Vaugoin und von 1933 bis 1938 österreichischer Militärattaché in Rom. Ihm kam dabei die wichtige Rolle zu, die Unterstützung Italiens bei der Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs zu erlangen. Schon im Zweiten Weltkrieg arbeitete er mit der österreichischen Widerstandsbewegung O5 eng zusammen und bemühte sich um ein österreichisches Heerwesen. Bei Kriegsende stellte er sich dem neu aufgestellten Heeresamt zur Verfügung, um nach dessen baldiger Auflösung durch die Alliierten in den Dienst des Finanzministeriums zu treten. Als Leiter der sogenannten „Pensionsabteilung A“ spielte der nunmehrige Hofrat Liebitzky eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung der Wiederbewaffnung Österreichs. Dort wurde er zum Begründer der „B-Gendarmerie“, die entscheidend für die spätere rasche und reibungslose Aufstellung des Bundesheeres war. Mit Abschluss des Staatsvertrages 1955 wurde er zum Leiter der Sektion VI des Bundeskanzleramtes, dem „Amt für Landesverteidigung“. Mit ganzer Kraft setzte er sich für den Aufbau eines demokratischen und österreichischen Heeres ein. Die Österreichische Offiziersgesellschaft wurde von Dr. Emil Liebitzky am 26.01.1960 gegründet.

Leserbrief zum Aufsatz „Traditionspflege im Bundesheer auf Abwegen in der Ausgabe 4/2024“

Der Artikel „Traditionspflege im Bundesheer auf Abwegen“ in Ausgabe 4/2024 spricht mir aus der Seele, insbesondere der Passus „Hauptursache für ein fehlendes Traditionsverständnis ist eine weitgehende Ahnungslosigkeit von Offizieren. Kein Wunder, denn das militärhistorische Wissen der Offiziere ist bei vielen nur marginal ausgeprägt.“

Anhand des Beispiels des Traditionstages des MilKdos Tirol, die 3. Bergisel-Schlacht am 13. August 1809, zeigt sich, wie schwer es ist, Tra-

dition auf die heutigen Verhältnisse zu adaptieren. Was vor 200 Jahren passierte, lässt viele kalt. Wer Geschichtsbewusstsein besitzt, weiß, dass am 13. August 1809 das aufgebotene Tiroler Landvolk ohne militärische Unterstützung die Schlacht bestritt, da die k. k.-Truppen bereits Richtung Steiermark – beschimpft als feige und unfähig – abgezogen waren. Natürlich kann das MilKdo T die 3. Bergisel-Schlacht zur Traditionspflege erwähnen, die Tugenden der Legenden Hofer, Speckbacher, Haspinger

und ihrer Kampfgefährten als Traditionsgut übernehmen, das Beispiel zeigt aber, dass sich geschichtliche Verbindungen nur noch auf recht verschlungenen Wegen herstellen lassen. / Die von mir im Zusammenhang mit dem Festakt in einem Leserbrief aufgeworfene sensible Frage: „Sind Schlachten als Traditionsfall noch zeitgemäß?“ führte nicht zum Nachdenken über zeitgemäße Identitäten, sondern war ein Festhalten an einer Tradition mit anachronistischen Zügen. (Brigadier i. R. Ambros Eigentler MSD) ✗

Palästina und seine Demografie – ein Blick in die Kristallkugel

Ein wenig Wissen zu Palästina

Die lateinische Landesbezeichnung Palaestina, aus der die deutsche Form Palästina entstanden ist, geht auf die griechische Form Palaistinē zurück. Palästina liegt an der südöstlichen Küste des Mittelmeers und bezeichnet Gebiete der heutigen Staaten Israel und Jordanien, eingeschlossen sind dabei das Westjordanland und der Gazastreifen. In der Region sind seit dem 3. Jahrtausend v. Chr. Stadtstaaten nachweisbar.

Die schriftliche Hauptquelle für die Geschichte Palästinas ist die hebräische Bibel, die in ihren wesentlichen Teilen wohl während des babylonischen Exils in Babylonien im 6. Jahrhundert v. Chr. entstand. In dieser fruchtbaren Region trafen die Verkehrswege von drei Kontinenten aufeinander. Dadurch entwickelte sich Palästina zum Brennpunkt für religiöse und kulturelle Einflüsse aus Ägypten, Syrien, Mesopotamien und Kleinasien. Es gab zunächst eine ägyptische Vormacht, welche aber ab dem 12. Jahrhundert v. Chr. abnahm. Israelitische Stämme wanderten in das Gebiet wahrscheinlich schon etwa 1800–1700 v. Chr. ein. Nach Christi Geburt beherrschten die Römer das Gebiet.

Im Jahr 638 n. Chr. wurde Jerusalem von der Armee des zweiten Kalifen 'Umar ibn al-Chattāb erobert. 691 errichteten die Muslime auf dem Tempelberg den Felsendom. Seit dieser Zeit gibt es neben einer jüdischen und einer christlichen auch eine muslimische Präsenz in Palästina. Die osmanischen Türken besiegten die Mamluken 1516. Ägypten, Syrien und Palästina wurden für 400 Jahre in das Osmanische Reich eingegliedert.

Der Sieg der Entente im Ersten Weltkrieg beendete die osmanische Herrschaft und 1920 erhielt Großbritannien das Völkerbundsmandat

für Palästina übertragen. Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Machtverhältnisse in Palästina ist in der Balfour-Deklaration von 1917 zu sehen, dass sich Großbritannien einverstanden erklärte, in Palästina eine „nationale Heimstätte“ des jüdischen Volkes zu errichten. Als Folge davon kam es 1920 und 1921 zu ersten arabischen Ausschreitungen gegen jüdische Einwanderer in Palästina. Im Juni 1922 teilte die britische Regierung das Mandatsgebiet in Palästina westlich des Jordans, wo die jüdische Heimstätte errichtet werden sollte, sowie das Emirat Transjordanien östlich des Jordans. Die endgültige Gründung eines eigenständigen israelitischen Staates fand aber nicht statt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellte sich die Frage nach dem zukünftigen Status Palästinas und der jüdischen Einwanderung erneut. In den Jahren 1945 und 1946 häuften sich die Terroranschläge jüdischer Untergrundbewegungen auf britische Einrichtungen in Palästina. Am 29. November 1947 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Zweidrittelmehrheit die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Jerusalem sollte unter internationale Verwaltung kommen und die beiden Staaten sollten in einer Wirtschaftsunion zusammengefasst werden. Am 9. April 1948 kam es zu einem Massaker in dem arabischen Dorf Deir Jassin. Der Ort wurde von rechtszionistischen Truppen des Irgun von Menachem Begin zerstört, also nicht der Hagana, die der politischen Mitte zuzurechnen war. Zwischen 107 und 120 Palästinenser, darunter Kinder, Frauen und Greise, wurden getötet bzw. ermordet. Die Aktion erfüllte ihren Zweck, Panik unter der arabischen Bevölkerung auszulösen. Seit diesem

Massaker bis zum Beginn des Palästina-Krieges flohen zwischen 250.000 und 300.000 Palästinenser oder wurden vertrieben.

Der Israelische Unabhängigkeitskrieg (Palästina-Krieg) begann mit dem Angriff der arabischen Staaten auf den neu gegründeten Staat Israel. In dessen Verlauf gewann die israelische Armee die Oberhand über die militärisch schlecht vorbereiteten und unkoordiniert agierenden arabischen Truppen. Bis zum Ende des Krieges verloren bis zu 750.000 palästinensische Araber ihre Heimat, was von ihnen heute als Nakba bezeichnet wird – dies entsprach zu diesem Zeitpunkt einem Drittel des gesamten Volkes.

Die weitere Geschichte ist rasch erzählt, da sie allgemein bekannter sein dürfte. Seit diesem Krieg gab es weitere Kriege, nämlich den Sechstage-Krieg 1967 und den Yom-Kippur-Krieg 1973. Danach gab es keine Kriege, aber laufend Operationen der israelitischen Streitkräfte gegen Befreiungsbewegungen, die letzten Operationen laufen unter dem Namen „Eiserne Schwerter“ gegen die Hamas im Gaza-Streifen und die Operation „Northern Arrows“ gegen die Hisbollah im Südlibanon.

Die Bevölkerungsentwicklung in Palästina westlich des Jordan bis heute

Das Gebiet westlich des Jordan war schon seit Urzeiten besiedelt, allerdings blieb die Besiedelung immer spärlich. Während der Besatzung durch die Osmanen betrug die Bevölkerung rund 500 bis 600.000. Anfang der 1930er-Jahre stieg die Bevölkerung durch Zuwanderung auf etwa 1 Mio., 1947 auf knapp 2 Mio. Im Jahre 1967 betrug die Bevölkerung des Staates Israel 8,6 Mio., davon rund 7 Mio. Juden und 1,6 Mio. Palästinenser. 2023 waren dies bereits

fast 10 Mio., davon 7,2 Mio. Juden und 2 Mio. Palästinenser. Hinzuzuzählen sind hier noch die Palästinenser in der Westbank (2,4 Mio.) und im Gaza-Streifen (2,2 Mio.), was somit 7,2 Mio. Juden und 6,6 Mio. Palästinenser ergibt. Darüber hinaus leben in Palästina noch rund 600.000 nicht diesen beiden Gruppen zuordenbare Einwohner, beispielsweise Christen oder Armenier.

Bemerkenswert ist, dass in den Jahren 1990 bis 2023 die Einwohnerzahl in der Westbank und im Gaza-Streifen von 1,98 Mio. auf 5,17 Mio. stieg. Dies bedeutet einen Anstieg um 161,1 Prozent in 33 Jahren. Im gleichen Zeitraum stieg die Gesamtbevölkerung aller Länder weltweit um nur 52,0 Prozent. Bemerkenswert ist auch die Verteilung bezüglich Altersstruktur, denn 65 Prozent der Bewohner in dieser Region sind unter 25 Jahren. Im Staate Israel sind demgegenüber lediglich 44 Prozent der Bevölkerung jünger als 25 Jahre.

Ein Blick in die Kristallkugel

Wagt man einen Blick in die Kristallkugel und bedient sich dabei der offiziellen Abschätzungen, wie sich die Bevölkerung in dieser Gesamtregion entwickeln könnte, bietet sich dem Betrachter folgendes Bild:

	Israel (Wachstumsrate 1,55 %)	West-Bank und Gaza (Wachstumsrate 2,3 %)
Aktuelle Bevölkerung	9,2 Mio. (davon 2 Mio. Palästinenser!!)	5,2 Mio.
2030	10 Mio.	6,5 Mio.
2050	12,6 Mio.	9,5 Mio.

Trennt man diese Werte säuberlich in die beiden Ethnien, so werden in dieser Region 2050 (angenommen wird hier, dass es keine Zuwanderung gibt) rund 10 Mio. Juden und 11,5 Mio.

Palästinenser leben, wobei die Palästinenser die weit jüngere Bevölkerung stellen werden. Bedenkt man das Weiteren, dass immer mehr junge gebildete Israeli das Land für immer verlassen, haben die Verantwortlichen in den Stäben in Israel sicher ein ernsthaftes Problem zu lösen.

Der Autor möchte keinerlei Empfehlung abgeben, aber die Situation in Palästina ist der Situation im Kosovo

nicht unähnlich. Denn im Kosovo reduzierte sich aus mehreren Gründen die ehemals starke serbische Bevölkerungsgruppe. Das größere Bevölkerungswachstum mit der Geburt von wesentlich mehr Kindern spielte neben der Bombardierung Serbiens durch die NATO sicher eine gravierende Rolle dafür, dass der Kosovo heute vom Großteil der souveränen Staaten als unabhängiger Staat anerkannt wird. (hapoe) ✗

EVN

Sonne tanken und auch speichern.

Auf die Zukunft schauen.



evn.at

Die Schönheit der Heimat können Ureinwohner nur uneingeschränkt genießen, wenn sie den Import von Problemen jeder Art nicht zulassen!

Der Autor dieses Aufsatzes verabschiedet sich für längere Zeit aus Österreich, nicht, weil er sein Heimatland nicht mehr liebt, sondern weil seine Familie in einem anderen Land lebt und ihm seine Familie über alles geht.

/ Grund genug, auch als eine Art Abschiedsworte als Chefredakteur, da er mit der Herausgabe der Ausgabe 1/2025 seine Funktion zurücklegt, etwas über seine geliebte Heimat Österreich und über die negative Entwicklung, welche das Land in den letzten Jahrzehnten genommen hat, zu schreiben. Es soll aber nicht nur Kritik geben, es sollen auch Lösungsansätze aufgezeigt werden, da auch die Zeitschrift in die Postfächer der bedeutendsten Politiker des Landes und auch bedeutender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zugestellt wird.

/ Zunächst aber ein großes Dankeschön an die treue Leserschaft, die die Linie der Zeitschrift so geduldig mitgetragen hat, sodass sich „Der Offizier“ mit seiner doch größeren Reichweite mittlerweile zum einzigen wirklich unabhängigen Medium entwickelt hat, welches gravierende, aber auch kleinere Fehlentwicklungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Österreichs aufzeigen darf. Das ist zu einem Art Alleinstellungsmerkmal dieser Zeitschrift geworden, da andere Zeitschriften in diesem Segment offensichtlich, aus welchen Gründen auch immer, eine gewisse Beißhemmung gegenüber der Ressortleitung des Verteidigungsministeriums haben. Mein ganz besonderer Dank gebührt auch dem Präsidenten, dem Präsidium und dem Vorstand der Österreichischen Offiziersgesellschaft, dass sie alle mich als Chefredakteur über volle fünf Jahre akzeptiert haben. Ich war glücklich, dies Funktion wahrnehmen zu dürfen, da ich damit auch ein klein wenig die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Österreich einem größeren Personenkreis bekannter machen und das eine oder andere Problem ungestraft beim Namen nennen durfte.

/ Und nun genug in eigener Sache gesagt. Ich komme zum Thema. Österreich ist meine Heimat, auch wenn ich mütterlicherseits Niederbayer bin und dadurch gerne wöchentlich meine original bayrische Weißwurst, original bayrischen Weißwurstsenf, österreichische Laugenbreze und auch großartig gebrauchtes österreichisches Weißbier aus einer kleinen burgen-

ländischen Privatbrauerei genieße. Ganz gerne trinke ich Wein, gekeltert von meinem Namensvetter in Obernalb. Österreich verfügt über eine großartige vielfältige Landschaft, äußerst engagierte Menschen, die täglich jenen Wohlstand erarbeiten, der das Land zu einem der wohlhabendsten Länder der Erde macht. Zu diesen Menschen zähle ich nicht nur die autochthonen Einwohner, sondern auch die vielen Zuwanderer, die hier großartige Arbeit leisten und sich mit ihren erworbenen Sprachkenntnissen kaum mehr von den Muttersprachlern unterscheiden.

/ Österreich ist aber auf Grund seiner Lage im Herzen Europas keine Insel der Seligen, wie etwa das Insel-Kaiserreich Japan, sondern war schon immer ein Durchzugsland für Wanderungswillige. Es liegt daher in der Natur dieser Sache, dass Österreich durch alle Probleme, welche mit Migration einhergehen, voll getroffen wird. Österreich hat sich seit dem Fall des Eisernen Vorhanges und der rapiden Umwandlung der bipolaren Weltordnung Anfang der 1990er-Jahre demographisch und im Wertekorsett stark verändert, und es ist zu befürchten, dass sich Österreich, wenn die demographische Saat aufgeht, nochmals stark verändern wird.

/ Ich habe im Laufe meiner über 40-jährigen Tätigkeit beim Bundesheer viele Gegenden in Österreich näher kennen und schätzen gelernt. Ich habe viele nette Leute kennenlernen dürfen. Dabei habe ich auch meine Frau, eine Musikstudentin aus Japan, kennengelernt und mittlerweile auch die Unterschiede in der kulturellen Ausrichtung zu Europa und Ausgestaltung der Zuwanderungsmöglichkeiten in Japan erfahren dürfen. Ich kenne am Beispiel meiner Frau, welche Probleme Zuwanderer in Österreich haben und welche Bringschuld Zuwanderer haben sollten, um in Österreich ein friktionsfreies Leben zu haben.

/ Der Schlüssel zum friktionsfreien Leben in Österreich für Zuwanderer ist und bleibt der Erwerb der deutschen Sprache auf einem hohen Niveau. Wir autochthone Staatsbürger müssen das immer wieder – auch lautstark – einfordern. Ohne Deutschkenntnisse auf hohem Niveau gibt es keine guten Jobs hier im Lande, einzige Ausnahme mögen hier Wissenschaftler sein, die in Österreich ihre Patente zum Wohle Österreichs vermarkten, oder Kunst- und Kulturschaffende, wie beispielsweise anno dazumal Beetho-

ven und Brahms, die in der Welt als Österreicher angesehen und zum Ruhme Österreichs beigetragen haben. Gerade was das Einfordern der Deutschkenntnisse betrifft, ist in den letzten Jahrzehnten offensichtlich viel danebengegangen, denn heute hört man beispielsweise abseits der klassischen Touristenrouten in Wien in den öffentlichen Verkehrsmitteln nur mehr sehr wenig Deutsch.

/ Gestatten Sie mir hier noch das Thema „Eingebürgerte Migranten und der Dienst bei den Streitkräften“ anzusprechen. Es steht rein rechtlich betrachtet außer Streit, dass es einem Neo-Staatsbürger möglich sein muss, bei den Streitkräften auch als Kadersoldat Dienst versehen zu dürfen, aber diese Personen müssen sich im Klaren sein, dass sie während der Dienstleistung nur „Österreichisch denken (=zu verteidigen gilt es die Heimat Österreich)“ dürfen und nicht weiterhin glühende Anhänger ihres ehemaligen Heimatlandes oder des Heimatlandes, in welchem ihre Eltern oder Großeltern noch als Staatsbürger gelebt haben, sein dürfen. Denn die uneingeschränkte Liebe zur Heimat zeichnet einen Soldaten aus, der dann auch willens ist, diese Heimat ohne Wenn und Aber zu verteidigen.

/ Neben der Sprache ist auch das Wertekorsett in Österreich eine Konstante, welche die Ausgestaltung des täglichen Lebens bestimmen muss, um ein konfliktfreies Miteinander aller hier lebenden Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Österreich als ein mitteleuropäisches Land ist ein Teil des christlichen Abendlandes. Die christlichen Werte bestimmen unser Rechtssystem und auch unser Wirtschaftssystem. Das Christentum ist mittlerweile mehr als 2.000 Jahre alt und damit weit älter als der Islam, welcher zumindest 1.500 Jahre kein Teil Europas war und danach bis zur Öffnung des Eisernen Vorhanges und dem Beginn der Migrationswellen nur punktuell in Europa von Bedeutung war. Erst in den letzten Jahrzehnten kam es zu einer raschen Verbreitung über weite Teile in Westeuropa.

/ Auch wenn man es nicht ansprechen sollte, ist aber trotzdem klar, dass ein Großteil der zugewanderten Moslems aus nichteuropäischen Ländern Integrationsprobleme haben, sich in Parallelgesellschaften flüchten. Damit einher geht auch, dass sie Probleme haben, hier einen Arbeitsplatz zu bekommen. Damit wurde aber auch ein Nährboden für die Radikalisierung vieler junger Zuwanderer gelegt, welcher sich vermehrt durch versuchte und tatsächlich erfolgte Terroranschläge widerspiegelt. Die demographischen Zahlen lassen für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Hier gilt es mit aller Härte und unter der Ausschöpfung aller Möglichkeiten diesem Integrationsunwillen entgegenzutreten.

Es sei mir hier noch gestattet, einige Zeilen als Nichtjurist über Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention zu schreiben. Die Flüchtlingskonvention, auf die sich viele Gutmenschen berufen, wenn über Asyl und Asylstopp diskutiert wird, stammt aus dem Jahre 1951, als es nur 2,5 Milliarden Menschen auf der Erde gab und der Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ noch nicht umfangreich bekannt war. Heute, mit einer Weltbevölkerung von mehr als 8,2 Milliarden Menschen, sieht die wirtschaftliche Lage vieler Menschen in den Entwicklungsländern traurig aus, sodass ihnen nichts anderes übrigbleibt, in die entwickelte Welt auszuwandern. Es gibt in der Welt zwar jede Menge Konflikte verschiedenster Intensität, aber ein Großteil der Asylsuchenden sind schlichtweg Wirtschaftsflüchtlinge aus relativ sicheren, aber bettelarmen Ländern. Hier muss auf internationaler legistischer Ebene ein Umdenken erfolgen und die Genfer Flüchtlingskonvention zur Sicherheit aller Betroffenen novelliert werden. Bis dorthin wird es aber ein steiniger Weg sein und der reiche Westen muss seine Grenzen besser schützen und nur mehr jene Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen, welche tatsächlich in der Lage sind, einen Beitrag im Gastland zu leisten.

/ Ich könnte hier noch lange fortsetzen, möchte aber meine Gedanken abrupt abbrechen und mich nochmals für die wunderbaren fünf Jahre, in denen ich Chefredakteur sein durfte, bedanken und mich auch, sofern es nach diesem Aufsatz überhaupt noch gewünscht ist, als periodischer Gastautor empfehlen. (hapoe) ✕



Harald Pöcher
Zrínyi Miklós und sein militärwissenschaftliches Werk

Harald Pöcher
Zrínyi Miklós und sein militärwissenschaftliches Werk

Zrínyi Miklós (1620-1664) lebte in einer Zeit als das historische Königreich Ungarn, von den Osmanen besiegt, zwischen Österreich und dem Osmanischen Reich aufgeteilt wurde. Zrínyi Miklós setzte seine gesamte wirtschaftliche und militärische Kraft ein, um die Osmanen aus Ungarn zu vertreiben. Auch wenn ihm dies nicht gelang, setzte er sich mit seinem militärwissenschaftlichen Werk ein Denkmal, welches die Jahrhunderte überlebte.

Der Autor hat nunmehr mit der Vorlage der deutschsprachigen Übersetzung des militärwissenschaftlichen Werkes von Zrínyi Miklós dem großen Ungarn und Kroaten ein Denkmal hierzulande gesetzt.

2025: Das Jahr der Jubiläen der Zweiten Republik – Hat das Bundesheer auch einen Grund zum Feiern?

Leopold Figl, der österreichische Außenminister, beendete am 15. Mai 1955 seine Rede im Schloss Belvedere in Wien mit den Worten „Österreich ist frei!“ Damit begann die Erfolgsgeschichte der unabhängigen Zweiten Republik. Aus Gründen der internationalen Gepflogenheiten musste der neue unabhängige Staat als notwendiges Übel auch Streitkräfte aufstellen, welche noch dazu durch die Bestimmungen des Staatsvertrages nicht konkurrenzfähig aufgestellt werden durften. Keine Lenk Waffen am Boden und in der Luft besitzen zu dürfen, bedeutete bereits 1955 einen großen Nachteil im Gefecht zu haben. Neben den Bestimmungen des Staatsvertrages kasteite man sich selbst durch ein gering dotiertes Verteidigungsbudget, welches jegliche Anschaffung von technisch neuwertigen Rüstungsgütern, etwa Überschallkampffjets, unmöglich machte.

/ Erst als die Rüstungsgeschenke der Alliierten an ihre Leistungsgrenze kamen, musste das Bundesheer wieder neue Rüstungsgüter einkaufen. Alles bewegte sich aber – in Anbetracht der Bedrohungslage, welche nach Ansicht des Autors durch die mächtigen Rüstungskonzerne zwecks hoher Gewinnspannen herbeigeredet wurde – eher in homöopathischen Dosen, etwa 120 Stück neueste Kampfpanzer M60A1 oder 38 neueste Haubitzen auf Selbstfahrlafette des Typs M-109.

/ Als Bruno Kreisky die Nationalratswahlen 1971 unter anderem mit dem Slogan „Sechs Monate Wehrpflicht sind genug“ gewann und mit absoluter Mehrheit regieren konnte, wurde eine Bundesheerreformkommission eingesetzt, die so ziemlich alles umkrempelte, was in rund 15 Jahren ÖVP-Ministerschaft so gut und schlecht

aufgebaut wurde. Dr. Kreisky fand an dem vom damaligen hochverdienten Generalstabsoffizier Emil Spannocchi entwickelten „Spannocchi-Doktrin“, einem Raumverteidigungskonzept, Gefallen und veranlasste das Bundesheer danach umzuorganisieren. Trotz aller Ausrüstungsmängel – Lenk Waffen wurden erst Mitte der 1980er-Jahre beschafft und ebenfalls gebrauchte Überschallkampfflugzeuge – gab es eine große Aufbruchstimmung im Heer, welche durch die in die Praxis umgesetzte Umfassende Landesverteidigung zusätzlich beflügelt wurde.

/ **Ein jähes Ende bescherte dieser Aufbruchstimmung der Fall des Eisernen Vorhanges. Anfang der 1990er-Jahre ging es mit der Entwicklung des Bundesheeres dann stetig, aber doch bergab.** Bundesminister Dr. Fasslabend gelang es zwar noch, mit einigen Rüstungskäufen die Truppe bei Laune zu halten, den Niedergang konnte er aber auch nicht nachhaltig stoppen. Besonders krass war dann die Situation nach der Bundesheerreformkommission unter der Kanzlerschaft von Dr. Schüssel, bei der das Bundesheer, bestärkt durch die Expertise von ehemaligen hochrangigen Offizieren, zu einem besseren technischen Hilfswerk degradiert wurde, welches, um den Schein zu wahren, mit hochmodernen Eurofightern bewaffnet wurde und auch im Ausland eine passable Figur machte. **Besonders schmerzlich erwies sich dabei die Aussetzung der Truppenübungen, was einem schleichenden Tod der Miliz gleichkam.**

/ Das Drama nahm munter seinen Lauf, als 2013 das Volk über die Beibehaltung der Wehrpflicht befragt wurde und dies für den damaligen Minister gehörig in die Hose ging. Sein Nach-

folger im Amt ordnete weitere Einsparungen durch die Verschrottung von schwerem Gerät an. Der letzte in der Riege der SPÖ-Minister konnte dann nichts mehr gleichrichten.

/ Einen gewissen Ruck in die richtige Richtung gab es, nachdem Russland in der Ukraine seine Spezialoperation startete. Auch in Österreich kam es zu einem Umdenken und die militärische Landesverteidigung rückte wieder im Bewusstsein der Politiker ganz nach oben. Das Bundesheer bekam viel Geld zugesprochen und es wurde auch kräftig eingekauft.

/ **Bundesministerin Tanner machte einen ganz guten Job, nur wollte sie nicht die Truppenübungspflicht wieder einführen und das Kaderpersonal, insbesondere die jungen Offiziere, dienstrechtlich besserstellen.** Der Bundeskanzler hätte hier nur ein Machtwort sprechen müssen und einiges, was in den letzten Jahrzehnten kaputt gemacht wurde, wäre wieder in die Gänge gekommen. **Aber so siecht das Bundesheer weiter dahin und auch die Umfassende Landesverteidigung gibt es weiter nur auf dem Papier, sie ist nicht mit Leben erfüllt.**

/ Der Autor, nunmehr mehr als drei Jahre in Pension, kann nur als Außenstehender befunden, aber wäre er noch aktiv, wäre ihm in diesem Bundesheer nicht zum Feiern zu Mute. **Ein wenig Feierstimmung sollte aber doch aufkommen, etwa durch die Abhaltung einer Parade am Nationalfeiertag in Wien.** Das neue Gerät wird schon irgendwie durch das noch vorhandene Kaderpersonal in den Verbänden bewegt werden können, und es gibt ja noch die Reserve in den Sektionen, Gruppen und Abteilungen in der Zentralstelle. *(happoe)*



Die Geistige Landesverteidigung muss rasch wiederbelebt werden!

Auszug aus einem Entschließungsantrag, gestellt am 20.11.2020:

Die Aufgabe der Geistigen Landesverteidigung besteht in der Vermittlung demokratischer Werthaltungen und der Schaffung eines umfassenden Bewusstseins für demokratische Freiheiten und die in der Bundesverfassung verankerten Bürger- und Menschenrechte im Rahmen der politischen Bildung. Sie soll einen Beitrag zur Sicherstellung eines demokratischen Grundkonsenses und des sozialen Friedens sowie zum Verständnis des Konzeptes der umfassenden Sicherheitspolitik im nationalen, europäischen und globalen Kontext schaffen. Politische Bildung soll das Verständnis der Schüler für die Aufgaben der Sicherheitspolitik, Sicherheitsvorsorge und der umfassenden Landesverteidigung im Dienste der Erhaltung der demokratischen Freiheiten, der Verfassungs- und Rechtsordnung, der Unabhängigkeit und Neutralität sowie der Einheit des Bundesgebietes der Republik Österreich, ebenso wie für die Bedeutung einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ im Rahmen der Europäischen Union als Beitrag zu einer umfassenden aktiven Friedenspolitik wecken.

/ Im Jahr 1978 wurde „Politische Bildung“ als Unterrichtsprinzip für alle Schulformen, Schulstufen und Gegenstände verankert. Dieser umfassende Auftrag und die Zielsetzungen der schulischen politischen Bildung sind ein zentrales Element, damit die österreichischen Schulen ihre Aufgaben nach § 2 des Schulorganisationsgesetzes erfüllen können. Im Grundsatzergänzungs „Unterrichtsprinzip Politische Bildung“ aus dem Jahr 2015 kommt die geistige Landesverteidigung als Teil der umfassenden Landesverteidigung aber nicht detailliert vor, sondern verweist auf das Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“ aus dem Jahre 1978. Gerade die geistige Landesverteidigung ist ein wesentlicher Teil, um das Bewusstsein in der Bevölkerung zu fördern und zu stärken. Die geistige

Landesverteidigung ermöglicht das Erkennen, Verstehen und Bewerten von verschiedensten Gefahren und fördert das Verantwortungsbewusstsein. Diese Vermittlung muss bereits im Kindes- und Jugendalter gelehrt werden, um ein Verständnis für existenzielle und globale Gefahren zu erhalten. Für die politische Bildung sind weite und kontroverse Aspekte der Sicherheit bzw. Sicherheitspolitik sowie ein vertiefendes Verständnis von umfassender Landesverteidigung von großer Bedeutung.

/ Die Voraussetzungen und die individuelle Entfaltung der „Politischen Bildung“ in den Schulen liegt in der Verantwortung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Seit dem Jahr 2018 gibt es einen Projektauftrag zwischen dem BMBWF und dem BMLV, der die Entwicklung von gemeinsamen Formaten in der Fortbildung von Lehrpersonen und Lehroffizieren abstimmen soll. Die derzeitige Ausnahmesituation in der Corona-Krise zeigt, wie wichtig die Wissensvermittlung von möglichen Gefahren im Bereich der Schulbildung ist. Es ist ein Gebot der Stunde, dieses Projekt voranzutreiben und die Lehr- und Unterrichtsinhalte im Bereich der Lehrpläne „Politische Bildung“ und in der Ausbildung von Grundwehr- und Zivildienern dementsprechend abzuändern. Die Synergien und die Zusammenarbeit von Vertretern der Bereiche Bildung, Wirtschaft, Exekutive und Landesverteidigung sind dabei abzustimmen und zur Förderung einer vertiefenden Wissensweitergabe zu nutzen.

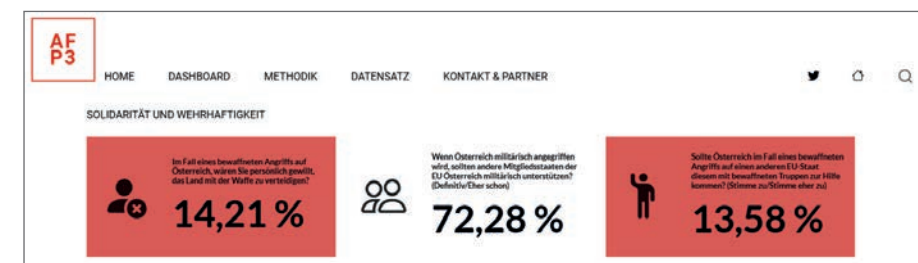
/ Der Nationalrat wolle beschließen: „Die Bundesregierung und insbeson-

dere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden aufgefordert, sicherzustellen, dass bei der Neuausrichtung der „Politischen Bildung“ im Schulbereich – in Erfüllung der Umfassenden Landesverteidigung – die Geistige Landesverteidigung als wichtiger Bestandteil in die Lehrpläne aufgenommen wird.“

/ Wirft man einen Blick auf die aktuelle Homepage des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, so kann man viel Information darüber bekommen, wie sich das zuständige Ministerium vorstellt, das Konzept der Geistige Landesverteidigung umzusetzen. Aus Platzgründen ersucht der Autor die Leser, die gesamten Informationen aus der Homepage www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/ba/glv.html zu entnehmen.

Die aktuelle Situation

Die gelebte Praxis sieht freilich nach vielen Jahren des Niederganges der Umfassenden Landesverteidigung gerade im Bereich der Geistigen Landesverteidigung schlecht aus. Versucht man herauszufinden, ob die wieder in Gang gesetzten Maßnahmen der Geistigen Landesverteidigung bereits Früchte tragen, und liest man dazu aufmerksam die veröffentlichten Studien zum Wehrwillen der Österreicherinnen und Österreicher, so muss man die nüchterne Feststellung machen, dass sich seit der Wiedereinführung der Geistigen Landesverteidigung die Einstellung der Bevölkerung zu ausgewählten Fragen der Landesverteidigung nicht verändert hat. ✗



Es gab immer zu wenig Budget, trotzdem ist beim Bundesheer Bemerkenwertes geleistet worden

Der Autor ist 1974 als Einjährig-Freiwilliger eingerückt und bis zu seiner Pensionierung 2021 im Aktivstand des Bundesministeriums für Landesverteidigung/Bundesheeres geblieben. In einer derart langen Dienstzeit bekommt man relativ viel mit, was sich so alles im System verbessert oder verschlechtert hat. In diesem Aufsatz sollen lediglich die Verbesserungen dargestellt werden.

1. Bekleidung und Mannesausrüstung:

Ganz nach dem Schlagwort „Es gibt kein schlechtes Wetter, sondern nur eine schlechte Kleidung“, ist bei der Beschaffung bestmöglicher Bekleidung und Mannesausrüstung über die Jahre hinweg sehr viel Positives geschehen. Hatte die Bekleidung gegen Anfang der 1970er-Jahre noch einen gewissen Nostalgieeffekt der 1940er-Jahre, kam mit den Beschaffungserfordernissen der Raumverteidigung und später durch Auslandseinsätze neue wirklich einsatztaugliche Bekleidung zur Truppe, sodass heute das Bundesheer den internationalen Vergleich nicht zu scheuen braucht.

2. Zelte:

Ich kann mich noch ganz gut erinnern, als wir Mitte der 1980er-Jahre an der Sanitätsschule – ich war damals Kommandant der Stabskompanie und S4 – auf Weisung des Heeressanitätschefs auf dem Sportplatz der Van-Swieten-Kaserne in Wien als Demonstrationsobjekt für den Schweizer Sanitätschef, welcher auf Besuch in Österreich weilte, eine Feldambulanz in Zelten aufzubauen hatten. Wir hatten zwar das Gerät der Feldambulanz 2 als dafür mobilmachungsverantwortliches Kommando in der Kaserne verfügbar, jedoch mussten die Zelte aus Lagern der Heeresebene abgeholt werden. Es war ein bunter Mix an alten Zelten aus Beständen der US-Armee und auch bereits neueren Zelten aus österreichischer Produktion. Als das Zeltlager, ähnlich einem Zirkus, endlich stand, musste man sich eigentlich schämen für dieses M*A*S*H-artige Spektakel (Anmerkung: M*A*S*H (Mobile Army Surgical Hospital) ist eine US-amerikanische Fernsehserie, die in einem mobilen Feldlazarett der US Army spielt). Wir haben jedenfalls nie erfahren, was der Schweizer Besuch über unsere Möglichkeiten gedacht hat. Heute verfügt das Bundesheer mit dem Collective

Protection (COLPRO)-Zeltsystem über ein hochwertiges System, in dem eine Feldambulanz hochwertige Arbeit verrichten kann.

3. Verpflegung:

Ohne Mampf kein Kampf, heißt ein altes Sprichwort. Die Verpflegung war beim Bundesheer immer gut, bis auf einige Ausnahmen. Damals, als ich als Militärakademiker an der Offiziersausbildung teilnahm, war das Essen an der Akademie derart schlecht, dass der Wahlspruch von Friedrich III. A.E.I.O.U. auch als „Akademie-Essen ist ohnehin ungenießbar“ gelesen werden konnte. Pro Tag versorgten die Truppenküchen des Österreichischen Bundesheeres rund 20.000 Verpflegsteilnehmer mit bis zu drei Mahlzeiten. Damit gehört das Bundesheer zu den größten Gemeinschaftsverpflegungsanbietern in Österreich. Leitprinzip der Verpflegswirtschaft im Bundesheer ist, dass ausgewogene moderne Ernährung entscheidend dazu beiträgt, dass der Soldat den körperlichen Anforderungen des Dienstes gewachsen ist. In den letzten Jahren ist die Verpflegsvorsorgung des Bundesheeres auf zentral organisierten Cook & Chill-Produktionsküchen (Großküchen ohne direkte Verpflegsausgabe an den Endverbraucher) umgestellt worden. Diese Küchen kochen das Essen vor und beliefern angeschlossene Finalisierungsküchen in den Kasernen. Dabei wird auch den regionalen Geschmacksempfinden Rechnung getragen.

4. Mannschaftsunterkünfte:

Für den Hochbau war schon immer zu wenig Geld vorhanden, daher sahen viele in die Jahre gekommenen militärischen Hochbauten ziemlich heruntergekommen aus. Ein besonderes Beispiel dafür sind die alten Kasernen in Wien. Im Zuge der Bundesheerreformkommission während der Ministerschaft von Platter wurde viele Kasernen geschlossen und verkauft. Damit war es möglich, bei weniger Bedarfsträgern das vorhandene Geld besser einsetzen zu können. Es kam zu einer sprunghaften Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere der Mannschaftsunterkünfte. Wenn auch noch nicht in allen Kasernen perfekte Verhältnisse vorherrschen, so wird durch den Geldregen der letzten Jahre auch bei der Infrastruktur einiges verbessert werden können. Die Schließung vieler Kasernen hatte aber

den Nachteil, dass das Bundesheer plötzlich in vielen Landesteilen nicht mehr präsent war und aus der Wahrnehmung der Bevölkerung gänzlich verschwand.

5. Ausbildung:

Das Bundesheer betrieb immer eine gute Ausbildung für das Kaderpersonal. Die Ausbildung der Grundwehrdiener folgte allerdings dem Trend, möglichst die Grundwehrdiener mit Glacéhandschuhen anzufassen, was bedeutet, dass die Ausbildung nicht zu hart sein durfte, um Beschwerden hintanzuhalten. In der Ausbildung kam auch immer mehr Technik zum Einsatz, etwa Simulatoren und moderne Präsenstionsgeräte. Die Ausbildung im Bundesheer braucht den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Lediglich im Bereich der akademischen Offiziersausbildung gibt es einen Nachholbedarf, da sich im System immer noch Querdenker gegen die Einführung einer Militäruniversität stellen.

6. Truppenübungsplätze sowie Ausbildungs- und Erholungsheime:

Die kleine Republik Österreich erbte von der ehemaligen großen k. u. k.-Armee große Übungsflächen, und es erfolgte die Gründung des großen Truppenübungsplatzes Allentsteig während der Zeit des 1000-jährigen Reiches. Heute sind die Übungsplätze wichtig für das Üben großer Verbände und deswegen auch begehrt bei anderen Nationen, welche diese Übungsplätze gerne nutzen. Des Weiteren verfügt das Bundesheer über moderne Ausbildungs- und Erholungsheime, beispielsweise in Reichenau an der Rax oder am Iselsberg, welche für Besprechungen, Seminare, aber auch für Urlaube genutzt werden können.

7. Heereseigene Publikationsmedien:

Das Bundesheer hat einige Traditionen der k. u. k.-Armee übernommen, welche damals bahnbrechend waren. Unter anderem waren dies die militärwissenschaftlichen Medien. Fortgeführt wurde die „Österreichische Militärische Zeitschrift“ und später im Bundesheer der Zweiten Republik kam noch die Zeitschrift „Truppendienst“ dazu. Des Weiteren sind die Fachpublikationen der Theresianischen Militärakademie und der Landesverteidigungsakademie von hoher Qualität. (hapoe) ✕

MISSION VORWÄRTS: FRAUENPOWER BEIM HEER.



EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH
KARRIERE.BUNDESHEER.AT



UNSER HEER



Das sicherheitspolitische Gewissen der Republik Österreich